

Landesinfo Baden-Württemberg

Corona
Solidarisch aus der Krise.

DIE LINKE.

Zusammen. Mit uns.

Gemeinwohl.
statt Egoismus.

Gesundheit.
statt Pflegenotstand.

Gerechtigkeit.
statt schlechte Löhne.

DIE LINKE.

Solidarisch aus der Krise.

Kinder.
brauchen andere Kinder.

Kitas.
ab jetzt gebührenfrei.

Klassenräume.
wenn digital, dann mit Zuschuss.

DIE LINKE.

Solidarisch aus der Krise.

Klimaschutz.
braucht keine Pause.

Kommunen.
brauchen finanzielle Hilfe.

Konjunktur.
braucht Investitionen.

DIE LINKE.

Solidarisch aus der Krise.

Kneipen.
sind systemrelevant.

Kunst & Kultur
ist systemrelevant.

Konzerte.
sind systemrelevant.

DIE LINKE.

Solidarisch aus der Krise.

Solidarität.
durch Vermögensabgabe.

Soziales.
in den Mittelpunkt.

Sicherheit.
vor Jobverlust & Kündigung.

DIE LINKE.

Solidarisch aus der Krise.

Landtagswahl 2021

Mitmachen bei der
Wahlkampfzubereitung
S. 2

links.solidarisch.feministisch

LAG Frauen an
Innenminister Strobl
S. 5

Fleischwerke im Fokus

Faire Löhne und
Gesundheitsschutz
S. 6

Antworten auf die Krise

Sozialökologischer
Systemwechsel
S. 8

Chancengerechte Bildung

Zeit für eine
Kindergrundsicherung
S. 15

Positionspapier

Krankenhausschließungen
S. 17

weiterer Inhalt

■ ■ ■
Frauenbroschüre erschienen 3

■ ■ ■
Regionalpolitik
Debatte über Flächenverbrauch 12

■ ■ ■
Bezahlbares Wohnen
Auftakt der linken
Werkstattgespräche 13

■ ■ ■
Schließung von Galeria Kaufhof
Demonstration von Beschäftigten 14

■ ■ ■
Sichere Häfen
Bleiberecht statt Duldung 19

■ ■ ■
NSU 2.0
Gefahr von rechts ernst nehmen 20

■ ■ ■
Beitrag zum Frieden:
Alle US-Truppen abziehen! 21

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint mehrmals im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Beilage: Einem Teil der Auflage liegt die Corona-Zeitung der Bundespartei bei

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Falkertstraße 58, 70176 Stuttgart, Tel: 0711/241045, Fax: 0711/241046 Mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion: Walter Kubach, David Schecher, Bernhard Strasdeit (verantwortlich), Dagmar Uhlig, Sahra Mirow

Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, Leser*innenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Druck: VisitYou.de, Stuttgart

www.die-linke-bw.de

Geschäftsstelle: DIE LINKE Baden-Württemberg, Falkertstraße 58, 70176 Stuttgart, Tel: 0711/241045, Fax: 0711/241046 Mail: info@die-linke-bw.de

Unser Programm zur Landtagswahl – Arbeitsstand und Mitgliederbeteiligung

Der erste Entwurf für ein Wahlprogramm liegt vor. Noch nie haben wir dabei ein so weitreichendes Konzept zur Mitgliederbeteiligung durchgeführt und das Ergebnis kann sich sehen lassen. Besser verständlich und kompakter sollte das Programm dieses Mal auch werden, denn 2016 war unser Programm eher schwer zu lesen gewesen.

Unser Programm wird mit einer Einleitung beginnen, warum wichtig ist DIE LINKE zu wählen. In den zehn folgenden Kapiteln setzen wir uns mit der Landesregierung auseinander und warum es eine linke, soziale und feministische Kraft im Landtag braucht. Besondere Themenschwerpunkte sind der sozial-ökologische Umbau, das Thema Wohnen, Bildung und Gesundheit. Der Kampf gegen Rechts ist für uns eine zentrale strategische Frage.

Dabei haben wir die Mitglieder schon frühzeitig eingebunden. Los ging es mit der **Mitgliederbefragung** im Herbst 2019. Der Rücklauf war sehr gut, alle Kreisverbände haben sich beteiligt. Die wichtigsten Themen waren soziale Gerechtigkeit, Wohnen- und Mietpolitik, Ökologie/Klimapolitik gefolgt von Anti-Rassismus und Bildung.

Nach der Auswertung haben wir im April eine Rundmail an alle Mitglieder geschrieben mit der Bitte, uns eure Stichpunkte und Forderungen für das Programm zu zusetzen („**call for ideas**“). Diese Rückmeldungen haben wir als Redaktionsgruppe an die Arbeitsgruppen zu jedem Kapitel weitergeleitet.

Im Mai und Juni haben die Landesarbeitsgemeinschaften mit weiteren interessierten Genoss*innen die Ent-

würfe geschrieben, die wir als Landesvorstand weiter verfeinert haben und euch nun für die **dritte Phase der Mitgliederbeteiligung** zur weiteren Diskussion geben.

In den kommenden Wochen werden wir nun in die dritte Phase der Mitgliederbeteiligung eintreten: zu jedem Kapitel werden Videokonferenzen stattfinden, in denen ihr eure Vorschläge und Anregungen einbringen könnt. Den vorläufigen Programmentwurf und die Einwähl-Links habt ihr per Mail am 30. Juli bekommen.

Wenn ihr weitere Infos braucht, meldet euch am besten per Mail: sahra.mirow@die-linke-bw.de

Hier findet ihr die Termine für die Videokonferenzen:

Kapitel 1 Sozial-ökologischer Umbau, Arbeit und Soziales, Feminismus: 26. 8. um 18 Uhr

Kapitel 2 Soziale Städte und lebenswerte Gemeinden, Wohnen: 24. 8. um 20.30 Uhr

Kapitel 3 Ökologie und Verkehr: 27. 8. um 18 Uhr

Kapitel 4 Gesundheit und Pflege: 20. 8. um 18 Uhr

Kapitel 5 Bildung: 16. 8. um 18 Uhr

Kapitel 6 Baden-Württemberg für Alle (Frauen, Jugend, Integration, Inklusion ect): 18. 8. um 18 Uhr

Kapitel 7 Demokratie: 24. 8. um 18 Uhr

Kapitel 8 Wirtschaft: 19. 8. um 18 Uhr

Kapitel 9 Finanzen: 17. 8. um 18 Uhr

Kapitel 10 Frieden: 17. 8. um 20.30 Uhr

Einberufung des Landesparteitags im Herbst

Der Landesvorstand hat mit Beschluss vom 19. April den nächsten Landesparteitag einberufen. Bisheriger Stand ist, dass dieser am 14. und 15. November 2020 in Stuttgart stattfinden soll, im dortigen Gewerkschaftshaus. Da die Corona-Regeln diesen Versammlungsort voraussichtlich auch im November noch nicht zulassen, suchen wir derzeit nach einem größeren Saal. Ort und möglicher Weise auch den Termin müssen wir dann entsprechend ändern. Die Delegierten und Kreisvorstände werden darüber unmittelbar informiert. Die Delegierten sind gewählt und gemeldet. Delegierte, die ihr Mandat nicht wahrnehmen können, teilen dies bitte ihrem Kreisverband und der Landesgeschäftsstelle mit, damit die gewählten Ersatzdelegierten einspringen oder im Kreisverband eine Nachwahl organisiert werden kann. Themen des Landesparteitages werden u.a. sein: Verabschiedung eines Landeswahlprogramms, Frauenplenum, Neuwahl der Gremien: Landesvorstand, Landesschiedskommission und Landesrevision. Zudem soll über die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl am 14. März 2021 entschieden werden.

Claudia Haydt (Landesgeschäftsführerin)

Mitmachen im Landtagswahlkampf

In den 70 Wahlkreisen Baden-Württembergs nominiert DIE LINKE derzeit ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl am 14. März 2021. Fast 50 Wahlkreise haben schon gewählt, die restlichen folgen nach den Sommerferien im September und Oktober. Danke an alle Genossinnen und Genossen, die sich für ein Mandat beworben haben und gewählt wurden und im Wahlkampf für die Inhalte der Landespartei um Zustimmung werben werden. Der Landesvorstand bittet alle Mitglieder um Mitarbeit: Helft beim Unterschriften sammeln, unterstützt die Kandidatinnen und Kandidaten, nutzt die Diskussions- und Bildungsangebote zum Wahlprogramm, macht mit in den Wahlkampfteams, die in allen Wahlkreisen gebildet werden sollen. Stellvertretend stellen wir an dieser Stelle das Karlsruher Team vor. Im nächsten Landsinfo wollen wir die gewählten Genossinnen und Genossen aus allen Wahlkreisen nennen



v.l.n.r.: Mathilde Göttel, Christina Zacharias, Anna Jahn und Maren Zimmermann

DIE LINKE tritt mit einem jungen starken Frauenteam zur Landtagswahl in Karlsruhe an

In Karlsruhe wählte DIE LINKE Christina Zacharias und Anna Jahn als Kandidatinnen für die Landtagswahlen 2021. Im Wahlkreis 27 Karlsruhe Ost tritt die Krankenpflegerin Christina Zacharias an. Die 23-jährige ist bei ver.di und im Bündnis „Krankenhaus statt Fabriken“ aktiv. Im Wahlkreis 28 Karlsruher West wird die Kreissprecherin der LINKEN und gelernte Industriemechanikerin Anna Jahn um den Einzug in den Landtag kämpfen. Die ebenfalls 23-jährige Jahn hat die „Seebrücke – Schafft sichere Häfen Karlsruhe“ mitgegründet. Sie hat sich als engagierte Rednerin bei zahlreichen Demonstrationen und

Protesten gegen Rassismus und Ausgrenzung bereits einen Namen gemacht. Als Ersatzkandidatinnen treten an: in Karlsruhe Ost die LINKE-Stadträtin Mathilde Göttel und in Karlsruhe West Maren Zimmermann, die gerade ihr Freiwilliges Soziales Jahr in einer Kita absolviert. DIE LINKE ist fest entschlossen, bei den kommenden Landtagswahlen die 5 %-Hürde zu knacken. Eine Partei wie DIE LINKE, die konsequent für soziale und ökologische Belange eintritt, fehlt bisher im Landtag. Die beiden Karlsruher Kandidatinnen haben gute Chancen, unsere Stadt ab dem kommenden Jahr im Stuttgarter

Landtag zu vertreten. Mit der Aufstellung eines starken Frauenteam will DIE LINKE eine Veränderung in der politischen Landschaft durchsetzen – Baden-Württemberg ist das traurige Schlusslicht in frauenpolitischen Belangen in Deutschland: mit 27 % ist die Lohnlücke am größten, die Frauenrenten sind die Niedrigsten und das Procedere der Zusammensetzung des Landtags ist eines der Reaktionärsten. Trotz anderer Wahlversprechen haben sich weder die Grünen noch die SPD für eine Änderung dieses antiquierten baden-württembergischen Wahlgesetzes eingesetzt.

Dokumentation der Frauenkonferenz erschienen

links.solidarisch.feministisch

Unter dem Motto „links.solidarisch.feministisch“ hat die LAG-Frauen im Februar 2020 zur ersten Landesfrauen*konferenz eingeladen. Ein Wochenende lang trafen sich Frauen*, um gemeinsam über feministische Perspektiven zu diskutieren, sich zu vernetzen, um gemeinsam zu lernen und natürlich um gemeinsam Politik zu verändern - in und außerhalb der LINKEN in Baden-Württemberg.

Es ging um „Landespolitische Ziele für einen linken Feminismus“, um die Fragen „Wie wollen wir leben?“ und „Wie können wir DIE LINKE feministischer machen?“, um Gesundheitspolitik, Antirassismus, Queerfeminismus und Frauenstreiks.

Download: <https://www.die-linke-bw.de/partei/arbeitsgruppen/frauen/>

Druckversion kann bestellt werden bei: sabine.skubsch@dielinke-ka.de

Für ein Baden-Württemberg, das niemand zurücklässt

Wahlstrategie zur Landtagswahl 2021 (Kurzfassung)

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg wird unter dem Eindruck verschiedener Krisen stehen. Corona hat die bestehenden Ungleichheiten weiter verschärft, insbesondere für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Hunderttausende sind in Kurzarbeit und mit möglichen Entlassungen konfrontiert. Frauen sind mit Homeoffice, Heimunterricht und Sorgearbeit besonders gefordert. Kommunen stehen vor enormen finanziellen Einbußen und soziale, ökologische und kulturelle Projekte stehen mehr und mehr unter Finanzierungsvorbehalt.

Die Landesregierung regiert in dieser Situation an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. Statt die Krise der Auto-Industrie für eine nachhaltige Mobilitäts- und Energiewende zu nutzen, konzentriert sie sich auf punktuelle Modernisierungen des klassischen Exportmodells. Die zunehmende Prekarisierung der Arbeit wird ebenso wenig angegangen wie die ungleichen Bildungschancen im Land. Während Corona wurden die Krankenhäuser durch den Einsatz der Beschäftigten am Laufen gehalten, trotzdem will der grüne Sozialminister hier weiterhin Standorte in großem Umfang

schließen. Geflüchtete werden abgeschoben, auch nach Afghanistan.

Diese und viele andere Beispiele zeigen, dass die Landesregierung die sozialen und ökologischen Probleme nicht löst. Bei der kommenden Landtagswahl werden wir hier ansetzen. Während sich die spannendste Wahlauseinandersetzung an der Frage entzündet, ob künftig eine grün-schwarze oder eine schwarz-grüne Koalition regiert, werden wir den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft in den Mittelpunkt rücken. Die SPD hat dieses Vertrauen längst verloren. Es braucht eine linke Kraft im Landtag, die Inhalte und Forderungen aus den Bewegungen, Verbänden und Gewerkschaften in das Parlament trägt.

Dabei hat sich die Situation im Vergleich zu 2011 und 2016 grundsätzlich verändert. Während es 2011 um einen konkreten Machtwechsel und 2016 um die Verteidigung dieser neuen Landesregierung gegen schwarz-gelb ging, ist dieser Richtungsstreit mit der guten Zusammenarbeit von grün-schwarz geklärt. Die Grünen haben uns bisher die meisten Stimmen bei der Landtagswahl abgezogen. Nun werden wir offensiv in die Diskussion für eine grundsätzlich andere Politik eintreten. Weder können noch wollen die Grünen die soziale und

die ökologische Frage nachhaltig beantworten. Bei Bundestagswahlen holen wir 6 % und mehr, das Potential für einen Einzug in den Landtag ist da.

Wie schöpfen wir unser Potential konkret aus? Wir werden mit kreativen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen in den Wahlkampf treten. Beim letzten Landesparteitag haben wir einen Volksantrag für einen Mietendeckel in Baden-Württemberg beschlossen – dieses Thema werden wir zentral besetzen. Steigende Mieten treiben immer mehr Menschen aus den Städten, unser Volksantrag ist eine Antwort darauf. Ob Frauen, Migrant*innen oder junge Menschen – wir werden dort ansetzen, wo wir auch bisher gute Wahlergebnisse hatten und Nichtwähler*innen mobilisieren. Dabei ist für uns klar, dass wir keine Wähler*innengruppe gegen die andere ausspielen.

Wir machen Politik auf der Straße und wollen dies in den Landtag tragen. Eine Stimme für DIE LINKE ist dabei eine Stimme für mehr soziale Gerechtigkeit, für eine Abwendung der Klimakrise, für mehr Demokratie und für ein Baden-Württemberg, das niemanden zurück lässt.

Sahra Mirow, Landessprecherin und Dirk Spöri, Landessprecher

Zulassungshürden zur Landtagswahl senken!

Bericht Landespressekonferenz 29.07.2020

Mitte August werden wir gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN, der Piratenpartei, der ödp und Die PARTEI einen Antrag in Form eines Organstreitverfahrens vor dem Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg stellen. Wir wehren uns gemeinsam gegen unfaire Zulassungshürden zur Landtagswahl 2021. Am 29.07. haben wir daher zu einer Landespressekonferenz im Bürger- und Medienzentrum im Stuttgarter Landtag eingeladen. Unsere Landesgeschäftsführerin Claudia Haydt stellte auf der Pressekonferenz unsere Forderungen vor.

In keinem anderen Bundesland müs-

sen so viele Unterschriften gesammelt werden wie in Baden-Württemberg, um zur Landtagswahl zugelassen zu werden. Unter den pandemiebedingten Einschränkungen und durch das weiterhin hohe Infektionsrisiko sind die bisher nötigen 150 Unterstützungsunterschriften pro Wahlkreis nicht akzeptabel. Insgesamt muss also jede Partei, die bislang nicht im Landtag vertreten ist, 10.500 beglaubigte Unterschriften landesweit einreichen. Die Anzahl der Kontakte, die nötig sind, um diese Menge an Unterschriften zu bekommen sind um ein Vielfaches höher. Die Vorbereitung zur Landtagswahl mit 100.000 zusätzlichen Sozialkontakten birgt daher die konkrete Gefahr zu einem „Super-

ermöglicht wird. Obwohl die an der Klage beteiligten Parteien frühzeitig das Gespräch mit dem Innenministerium gesucht haben, zeigt dieses keinerlei Gesprächsbereitschaft. Für DIE LINKE Baden-Württemberg hatte sich Bernd Riexinger Anfang Juni mit einem Brief an Innenminister Thomas Strobl mit der Bitte um einen Gesprächstermin gewendet, diese Bitte blieb bisher unbeantwortet. Strobl teilte stattdessen in einem langen Brief lapidar mit, wir hätten ja noch bis Januar Zeit, die Unterschriften zu sammeln.

Claudia Haydt betonte auf der Landespressekonferenz, dass das Landtagswahlgesetz unter Corona-Bedingungen eine Einschränkung sowohl des passiven als auch des aktiven Wahlrechts darstellt. Die Chancengleichheit um bei der Wahl antreten zu können, wird durch die hohe Anzahl von Unterstützungsunterschriften untergraben. Andere Bundesländer haben ihr Wahlrecht bereits angepasst, um Corona nicht auch zu einer Gefahr für die Demokratie werden zu lassen. Die Landesregierung in Baden-Württemberg bewegt sich bisher allerdings keinen Millimeter. Wir sehen uns daher gezwungen, den Rechtsweg einzuschlagen und hoffen, dass das Verfassungsgericht in einem Eilverfahren für die Demokratie und unsere Gesundheit entscheidet.



14. März 2021: Landtagswahl in Baden-Württemberg Bitte unterstütze uns mit deiner Spende

Sichtbarkeit vor Ort und Wahlkämpfe kosten eine Menge Geld. Geld für Aktionen, Veranstaltungen, Flyer und flächendeckende Wahlwerbung. Wir möchten im bevorstehenden Landtagswahlkampf vor Ort als Linke wahrgenommen werden. Unser Ziel ist es, mit sozialen, ökologischen, feministischen, antifaschistischen, antimilitaristischen und internationalistischen Inhalten in allen 70 Wahlkreisen des Landes präsent zu sein und die 5-Prozent-Hürde zu knacken. Das ist bei Landtagswahlen schwerer als bei Bundestagswahlen oder bei Kommunalwahlen in größeren Städten, - aber es ist möglich. Anders als Grüne, CDU, SPD und FDP erhalten wir keine Großspenden von Konzernen oder aus dem Arbeitgeberverband Südwestmetall. Jede Spende hilft! Auch ein geringerer Betrag trägt dazu bei, die politische Arbeit in den Gemeinden, Kreisen, Regionen und im Ländle zu stabilisieren und zu kräftigen.

Spenden, die direkt einem bestimmten Kreisverband zu Gute kommen sollen, bitte entweder an unser Konto mit einem Stichwort des Ortes versehen oder direkt an den Kreisverband überweisen. Unser erklärtes Ziel ist, in Baden-Württemberg stärker auch in den Flächenwahlkreisen vertreten zu sein und das Land von links zu erschließen.

Spendenkonto: IBAN: DE58 6001 0070 0289 5827 00

Postbank Stuttgart, BIC: PBNKDEFF

Bitte nenne Verwendungszweck, Vorname, Name, Adresse

Deine Spende und deine Beiträge an DIE LINKE können bei der Einreichung an das Finanzamt steuerbegünstigt berücksichtigt werden. Spendenbescheinigungen stellen wir jeweils nach Ablauf des Kalenderjahres aus.

Offener Brief der LAG Frauen an Innenminister Strobl

Fast 40 aktive Frauen der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg haben am 13. Juli einen offenen Brief an Innenminister Thomas Strobl (CDU) versendet. Unter den Unterzeichnerinnen sind Gökay Akbulut (MdB), Heike Hänsel (MdB) und Jessica Tatti (MdB), Sahra Mirow, Landessprecherin und Claudia Haydt, Landesgeschäftsführerin der LINKEN. Baden-Württemberg. Sie wenden sich mit dem Brief gegen die Instrumentalisierung von gewaltbetroffenen Frauen und Kindern durch das Innenministerium für die Begründung des neuen Polizeigesetzes.

Innenminister Strobl hatte bereits im März die geplante Einführung von Bodycams in privaten Wohnräumen mit der Bekämpfung von häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder begründet.

Sahra Mirow, Landessprecherin DIE LINKE. Baden-Württemberg und Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Frauen, erklärt dazu: „Das Land Baden-Württemberg hält die Istanbul-Konvention nicht ein. Zwei grün geführte Landesregierungen haben nichts an der unzureichenden Finanzierung von Frauenberatungsstellen und -häusern geändert. Es ist eine Frechheit, wenn das Innenministerium die Verschärfung des Polizeigesetzes als Beitrag zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt vorstellt und die Landesregierung gleichzeitig die Kommunen bei der Finanzierung von Frauenhilfestrukturen im Regen stehen lässt“.

In dem offenen Brief der Landesarbeitsgemeinschaft Frauen und der Landesfrauenbeauftragten der LINKEN in Baden-Württemberg heißt es zum neuen Polizeigesetz: „In dem geplanten Gesetzesentwurf sind keine Regelungen zu finden, die gewaltbetroffene Frauen schützen und unterstützen können. Die Begründung des

Ministeriums wird damit zu einem leeren Argument gegen Kritiker*innen des Gesetzes, die eine Aushöhlung von Grundrechten fürchten. Wir lassen uns dafür nicht instrumentalisieren“. Gewaltbetroffenen Frauen werde am besten durch den Ausbau von Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern geholfen. In Baden-Württemberg fehlen laut Istanbul-Konvention über 2.000 Frauenhausplätze. In neun Landkreisen gibt es keine einzige Frauenberatungsstelle. Dabei seien Frauenberatungsstellen und nicht die Polizei die erste Anlaufstelle für Frauen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind, heißt es in dem Brief. Die Unterzeichnerinnen fordern daher die vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention. Dazu gehöre

auch eine gute Zusammenarbeit zwischen Frauenhilfestrukturen und der Polizei. Diese werde aber nicht mit dem Einsatz von Bodycams erreicht, sondern mit entsprechend geschulten Polizistinnen.

Lisa Neher, Landesfrauenbeauftragte



Istanbul-Konvention:

Die Istanbul-Konvention ist das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“

Das Übereinkommen ist das erste völkerrechtlich verbindliche Instrument im europäischen Raum zum Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Faire Löhne, Gesundheitsschutz & menschenwürdiges Wohnen für alle Beschäftigten im Fleischwerk

Bereits im Mai forderten die Kreisverbände Karlsruhe und Baden-Baden/Rastatt mit ihren Kreisräten Martin Behr, Dieter Balle und dem Regionalrat Jürgen Creutzmann eine Verbesserung der Wohnverhältnisse aller Beschäftigten im Rheinstettener Fleischwerk: „Wir forderten das Landratsamt auch auf, unverzüglich mit Corona-Tests zu beginnen. Für uns war klar: EDEKA trägt auch für Beschäftigte von Subunternehmen die Verantwortung beim Infektionsschutz.“

Zeitgleich traten bei Müller-Fleisch in Birkenfeld/Enzkreis gehäuft Coronafälle auf. Hier solidarisierten sich DIE LINKE Pforzheim/Enz und ihr Vorstand Peter Pfeiffelmann mit den Beschäftigten.

Alle drei Kreisverbände und das Wahlkreisbüro von Michel Brandt in Karlsruhe handelten rasch und riefen gemeinsam mit der Gewerkschaft NGG und dessen Geschäftsführer Elwis Capece zu zwei Kundgebungen je in Pforzheim und Rheinstetten auf. Das stieß auf großes Interesse vor Ort und in den Medien - selbst die EDEKA-Geschäftsführer kamen.

Michel Brandt betonte auf beiden Kundgebungen: „Es kann nicht sein, dass in den Schlachthöfen ein gnadenloser Preiskampf auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass freiwillige Selbstverpflichtungen seitens der Unternehmen nichts bringen. Die staatlichen Kontrollbehörden müssen sofort konsequent handeln, denn der Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Beschäftigten sowie das Tierwohl darf nicht alleine den Unternehmen überlassen werden!“

Elwis Capece kritisierte die Chefs von Müller für deren Aussage, die Werkverträger*innen aus osteuropäischen Ländern würden ihre Unterbringung in Massenunterkünften selbst befürworten, weil sie so gesellig seien: „Das ist latenter Rassismus!“. In Rheinstetten wies Elwis darauf hin, dass bei EDEKA Produkte mit Tierwohl-Label ein Nischendasein führen und dass es ein absolutes „No-Go“ sei, dass über Fleischpreise Sozialpolitik gemacht werde. Peter Pfeiffelmann kritisierte, dass Kommunen wie Pforzheim anstelle des

Unternehmens Müllerfleisch für die Kosten der Quarantäneunterbringung aufkommen müssen. Dieter Balle bezeichnete das Subunternehmertum als Ausbeutung unter Vollversorgung: „Ich schäme mich, dass es bei uns in Durmersheim ein Zweifamilienhaus mit Anbau für Werkvertragsarbeiter*innen gibt, an dem 34 Namen am Klingelschild stehen.“ Jürgen Creutzmann forderte in Rheinstetten die grundsätzliche Abkehr von der profitorientierten kapitalistischen Produktionsweise und Martin befragte EDEKA nach Transparenz: „Wie viele Leiharbeiter*innen sind's denn jetzt wirklich?“ Leider sind im Juli im EDEKA-Fleischwerk Coronafälle aufgetreten. Wir kämpfen solidarisch weiter für einen sozial-ökologischen „System-Change“ weg von der Billigfleischproduktion, für einen Mindestlohn von 13 Euro, für das sofortige Verbot von Werkverträgen sowie Subunternehmertum und für menschenwürdiges Wohnen für alle!

Jürgen Creutzmann,
Kreisrat Karlsruhe-Land



Fleischwerke im Fokus

Die Situation in deutschen Fleischwerken ist bedrückend. In Akkordarbeit werden Tiere geschlachtet und ihre Körper weiter zerstückelt. Echte Knochenarbeit, die zu möglichst niedrigen Löhnen getan werden soll. Dabei ist Deutschland der Marktführer in der billigen Fleischproduktion. Viele Länder innerhalb der EU importieren Fleisch aus deutschen Verarbeitungshallen. Die Arbeiter*innen in den Fleischwerken sind aber in der Regeln Menschen aus dem europäischen Ausland, oftmals aus Rumänien, Polen oder Ungarn. Sie arbeiten über Werksverträge und Leiharbeitsfirmen zu schlechteren Konditionen in den deutschen Betrieben. Was schon länger bekannt ist, bekam nun durch die Corona-Pandemie eine

neue Aktualität. Denn wiederholt sind Fleischwerke zu Corona-Hotspots geworden. Die Hygiene- und Arbeitsbedingungen, dazu eine Unterbringung in engen räumlichen Verhältnissen, lassen eine entsprechende Krankheit leicht zur Ausbreitung kommen.

Die Corona-Fälle in den Fleischwerken und die dortigen Bedingungen wurden medial aufgenommen, so dass nun Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) auf die Situation eingehen musste und in der Branche „aufräumen“ möchte. Tatsächlich hat nun das Bundeskabinett ein Verbot für Werksverträge und Leiharbeit in der Fleischbranche ab dem 1.1.2021 beschlossen. Es enthält neben der Pflicht, mit eigenen Beschäftigten zu schlachten, auch weitere Verschär-

fungen bei den Hygienevorschriften. Die Arbeitszeiten sollen digital erfasst und die Betriebe in dem Bereich häufiger kontrolliert werden. Entsprechende Strafen bei Missbrauch in der Arbeitszeiterfassung wurden erhöht. Es soll auch geprüft werden, wie der Gesetzgeber Unternehmen verpflichten kann, Mindeststandards bei der Unterbringung der Beschäftigten sicherzustellen. Naturgemäß begrüßen die Gewerkschaften das Gesetz, während die Fleischindustrie dagegen Sturm läuft. Es steht noch das Gesetzgebungsverfahren bevor, in dem das geplante Gesetz noch erheblich aufgeweicht werden kann. Doch die Zeit für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen scheint günstig.

Zu zwei Drittel Leiharbeit und Werkverträge

Doch von vorne. Die Fleischindustrie in Deutschland befindet sich in einem Konzentrationsprozess, die großen Betriebe gewinnen weiter an Bedeutung. Dort arbeiten nach Schätzung der NGG bis zu zwei Drittel der Beschäftigten als Leiharbeiter*innen oder über Werkverträge. Durch die Hartz-Gesetze wurden Leiharbeit und Werkverträge zur Einführung eines großen Niedriglohnssektors in Position gebracht, gerade auch in der Fleischindustrie mit entsprechendem Erfolg.

Andererseits gab es eine Verschärfung der Anforderungen innerhalb der EU an Schlachthöfe und Metzgereien, in dessen Folge kleine handwerklich arbeitende Betriebe in großer Zahl geschlossen wurden und große Einheiten an Bedeutung gewannen. Das führte zusammenwirkend zu einer Dominanz der deutschen Fleischindustrie in Europa.

Einer dieser großen Betriebe ist Müller Fleisch in Pforzheim. Aktuell in den Schlagzeilen, weil der Betrieb Hunderte coronainfizierte Mitarbeiter*innen hatte und, auch als bereits erste Erkrankungen vorlagen, weiterarbeiten ließ. Müller Fleisch ist einer der größten deutschen Fleischkonzerne mit einem Jahresumsatz von beinahe einer Milliarde Euro. Trotz der hohen Anzahl Erkrankter hat das örtliche Gesundheitsamt entschieden, dass die Produktion weiterlaufen darf. Die NGG hat dagegen protestiert, rechtlich aber keine Möglichkeit gehabt, dies zu unterbinden.

Müller Fleisch in Pforzheim: schlechte Arbeitsbedingungen als Teil des Systems

Dabei läuft es bei Müller Fleisch wie in vielen Betrieben der Fleischindustrie, gerade in der Schlachtung und Zerlegung arbeiten vor allem Arbeitskräfte aus dem osteuropäischen Ausland. Über Werkverträge und Leiharbeit werden sie oftmals nur für ein paar Monate angestellt, und über die Leiharbeitsfirmen oder Kooperationspartner der Firmen werden viele Mitarbeiter*innen in überfüllten Unterkünften untergebracht. Die Löhne sind entsprechend niedrig und die Mieten für die Unterkünfte sind vergleichsweise hoch. Die schlechten Arbeitsbedingungen sind Teil des Systems Fleischindustrie in Deutschland. Müller Fleisch ist dabei keine Ausnahme, sondern die Regel in einem hart umkämpften Produktionszweig.

Falls nun ein Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit käme, wäre das ein wichtiger Schritt für die Beschäftigten in der Fleischindustrie.

Beispiel Heilbronn

Dass sich auch mit starken Gewerkschaftern und kritischer Öffentlichkeit etwas bewegen kann, zeigt ein Beispiel aus dem Landkreis Heilbronn. Dort hat Kauf-



land ein Fleischwerk und hatte ebenfalls Werkverträge mit osteuropäischen Firmen. Ebenfalls wurden die Menschen in zu engen Unterkünften untergebracht. Und die Leihfirma knöpfte den Beschäftigten für die Übernachtungsmöglichkeiten im Vierbettzimmer einen ordentlichen Teil des Lohnes ab. Bis eine Beschäftigte sich bei der lokalen Zeitung meldete und diese gemeinsam mit dem zuständigen Gewerkschaftssekretär der Sache nachging. Gemeinsam wurden monatelange Recherchen durchgeführt und Leiharbeitsfirmen zu Fall gebracht. Kaufland kündigte eine Kehrtwende an und wollte keine Werkverträge mehr schließen, sondern mehr mit eigenen Mitarbeiter*innen arbeiten. Tatsächlich scheint das Versprechen von 2017 nicht ganz erfüllt worden zu sein, aber es hat sich etwas bewegt. 10 bis 20% der Be-

schäftigten beim Zerlegen des Fleisches sind über Werkverträge eingekauft, weniger als die Hälfte der früheren Zeiten. Dabei war die Angst des Konzerns vor einem Imageverlust sicher hilfreich. Aber auch hier wurde versucht, das Lohndumping möglichst lange weiterzuführen.

Die Mitarbeiter*innen gewerkschaftlich zu organisieren ist in diesem Bereich äußerst schwierig. Neben den sprachlichen Barrieren gibt es eine hohe Fluktuation und von Arbeitgeber*innenn aufgebaute Drohkulissen.

Darum ist eine Gesetzgebung gegen die Ausbeutung in der Fleischindustrie eine gute Methode die Arbeitsbedingungen in diesem Bereich zu verbessern. Und natürlich kommt eine solche Gesetzesänderung auch die nur mit entsprechendem gesellschaftlichem Druck.

Florian Vollert, Stadtrat in Weinsberg

Danke heißt mehr Gehalt!

Der Einsatz der LINKEN Stuttgart für eine Lohnzulage am Klinikum Stuttgart

Bundesweit setzt sich DIE LINKE für höhere Löhne, mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern ein. In der politischen Arbeit des Kreisverbands Stuttgart steht das in kommunaler Trägerschaft befindliche Klinikum Stuttgart seit jeher im Fokus: hier arbeiten ca. 7.000 Beschäftigte, das Haus stellt ca. 2.100 Betten und über den Verwaltungsrat und Gemeinderat bestehen gewisse Einflussmöglichkeiten. In der Corona-Krise war klar: Das ist der Moment, um die Forderung nach einer Lohnzulage erneut zu pushen und den Finger in die Wunde zu legen. Vor ein paar Wochen noch applaudierte man für den Einsatz der Kolleg*innen im Klinikum und Lokalpolitiker*innen sprachen ihren Dank aus. Nun ist man zur Tagesordnung zurückgekehrt und während es in der Altenpflege zumindest einen mageren Bonus von 1.500 Euro gab, sollten die Kolleg*innen im Klinikum zunächst ganz leer ausgehen.

Im Verwaltungsrat und im Gemeinderat brachten wir, wie viele LINKE Genossinnen in anderen Gemeinden auch eine Initiative für eine Lohnzulage ein. Erwähnenswert ist unsere Stuttgarter Initiative vielleicht insofern, als dass sie sich Aspekte der Spahn'schen Novellen der Krankenhausfinanzierung zunutze machte. Die häufig gestellte Forderung nach einer kommunal finanzierten Einmalzahlung für die Beschäftigten im Krankenhaus entwickelten wir dahingehend weiter, als

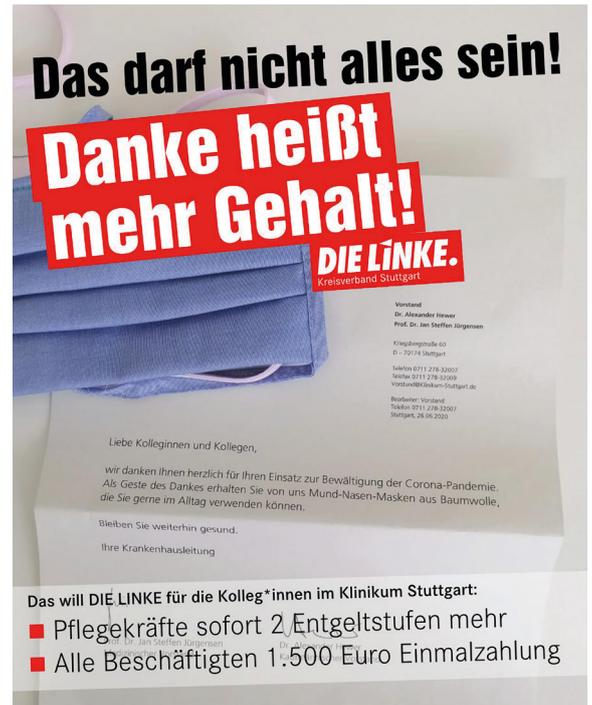
wir eine dauerhafte Lohn-erhöhung zumindest für das pflegerische Personal forderten. Der Hintergrund ist folgender: Der TVöD-Krankenhäuser erlaubt es in §17 4.1, dass Gehälter um 2 Entgeltstufen innerhalb der Entgeltgruppe dauerhaft erhöht werden können, wenn hohe Lebenshaltungskosten an einem Klinikstandort übertarifliche Löhne erfordern, um ausreichend qualifiziertes Personal zu gewinnen und dauerhaft zu binden. Eine solche Lohnzulage wäre also im tariflichen Rahmen möglich. In der novellierten Fassung des Krankenhausentgeltgesetzes ist in §6a geregelt, dass Löhne in der Pflege im Rahmen eines Tarifvertrags als wirtschaftlich gelten und somit von der Krankenkasse übernommen würden. Mit anderen Worten: die knappen kommunalen Finanzen zählen nicht als Ausrede... Für die nicht-pflegerischen Beschäftigten, für die der oben beschriebene Mechanismus nicht greift, forderten wir eine Einmalzahlung in Höhe von 1.500 Euro.

Unsere Forderung haben wir im aktuellen Infoblatt des Kreisverbandes in mehreren Verteilungen zur Frühschicht unter den Beschäftigten des Klinikums bekannt gemacht. Auch wenn die Mehrheitsverhältnisse in den Stuttgarter Kommunalgremien unserer Initiati-

ve keine großen Chancen bieten, sehen wir unsere Initiative als Versuch mit praktischen und durchsetzbaren Forderungen die Interessen der Kolleg*innen im Klinikum zu vertreten, Druck aufzubauen und Spielräume zu testen und zu erweitern, die die Bundesregierung in Reaktion auf die Streiks in den Unikliniken der letzten Jahre gewähren musste.

Unser Antrag zur Lohnzulage im Klinikum Stuttgart findet sich hier: <http://gleft.de/3US>

Unser Infoblatt zum Antrag findet sich hier: <http://gleft.de/3XB>
Filippo Capezone, KV Stuttgart



Sozial-ökologischer-Systemwechsel als Antwort auf die Krise

Bernd Riexinger,
MdB und Parteivorsitzender

Angesichts der Meldungen über eine „Jahrhundertrezession“ erklärt Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE:

Nach dem Hochschnellen der Infektionszahlen im ersten Halbjahr und dem Rekorderinbruch der Wirtschaft treten wir mit dem Hochschnellen der Insolvenzen und des Arbeitsplatzabbaus in eine zweite Phase der Krise ein. Ein sozial ökologischer Umbau ist die richtige Antwort darauf.

Die Bundesregierung hat bei den Corona-Hilfs-Paketen versäumt, sie im Interesse des Allgemeinwohls an Bedingungen wie Arbeitsplatzsicherung und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften zu binden. Das muss jetzt dringend korrigiert werden.

Schon vor Corona war klar: Wir müssen innerhalb von 15 Jahren eine klimaneutrale Wirtschaft und Infra-

struktur durchsetzen, die Art und Weise, wie wir arbeiten, leben und wirtschaften, radikal verändern. Eine solche Transformation kann nur gelingen, wenn sie sozial gerecht ist. Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen.

Arbeitsplatzsicherung ist dabei aktuell die dringendste Aufgabe. Dazu gehört der Schutz vor Verlagerung von Arbeitsplätzen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Mit einem ambitionierten Investitionsprogramm in Pflege, Bildung und soziale Infrastruktur können hunderttausende Arbeitsplätze geschaffen werden. Es ist zudem gesamtgesellschaftlich sinnvoller, Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung umzuverteilen, als Arbeitsplätze abzubauen. Eine solche Umverteilung von Arbeit muss politisch flankiert werden.

Die Mobilitätswende muss angesichts der dramatischen Einbrüche in der aktuellen Krise und der ohnehin

anstehenden Herausforderungen bei der Umstellung auf sauberere Technik eine zentrale Rolle spielen. Die Zukunft der Automobilindustrie liegt in der Umstellung auf CO₂-neutrale Produktion von klimafreundlichen Autos, Bussen, Straßenbahnen und Zügen und der Entwicklung von nachhaltigen Mobilitätskonzepten. Diese Neuorientierung muss durch die Wirtschaftspolitik forciert werden und Bedingung für weitere Corona-Hilfen sein. Aber auch eine Beschleunigung der Energiewende, eine wohnungspolitische Offensive und eine Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe muss dazu gehören.

Das muss flankiert werden durch Investitionen in tariflich abgesicherte, besser bezahlte und gesellschaftlich sinnvolle Arbeit etwa im Maschinenbau, in Gesundheits- und Sozialberufen, in den Kommunen und in der Umwelttechnik.

Was ist das DRG-Fallpauschalen-System ?

Unter dem Motto „Danke, heißt mehr Gehalt“ haben wir in der Pflegekampagne 500 EUR mehr Grundgehalt für Pflegeberufe gefordert.

Trotz Versprechungen aus der Bundesregierung warten die Pflegekräfte auf echte Verbesserungen jedoch bisher vergeblich. Wir machen deshalb weiter Druck. Im Herbst wollen wir das System hinter dem Pflegenotstand in den Fokus der Aufmerksamkeit rücken. Wir fordern die Abschaffung des Fallpauschalen-Systems (DRGs) und kämpfen für eine bedarfsgerechte Finanzierung von Pflege und Gesundheit.

Unsere Idee: am Wochenende vor oder am Tag der Gesundheitsminister*innenkonferenz am 30. September werden wir in mindestens 15 Städten eine größere Protestaktion auf die Beine stellen. So wollen wir gemeinsam mit Pflegekräften, Pflegebündnissen und der Gewerkschaft ver.di den Druck auf die Regierenden erhöhen.

Wenn Ihr in Eurem Kampagnenteam oder als Kreisverband schon Erfahrungen mit Aktionen zum Thema Pflege gesammelt oder Lust habt, eine der größeren Protestaktionen zu organisieren, meldet Euch unter pfelegkampagne@die-linke.de. Von der Bundeskampagne bekommt Ihr dann ein Aktionspaket bestehend aus Hochhalteschildern, einem Transparent, Sprühschablonen, Verteilmaterial und Online-Materialien zur Verfügung gestellt. Außerdem könnt Ihr über ein eigenes Aktionsbudget von bis zu 200 EUR verfügen (z.B. für Technik, Fahrtkosten für Referent*innen, etc.).

Solidarische Grüße, Malte und Christoph (Bundesgeschäftsstelle)



Große soziale Schieflage

Kolumne von Heike Hänsel (MdB) im Schwäbischen Tagblatt vom 3. 7.

Diese Woche wurde das Konjunkturpaket der Bundesregierung im Bundestag verabschiedet. Es enthält unter anderem eine finanzielle Entlastung der Kommunen und Unterstützung für Familien, die richtig sind. Allerdings setzt dieses Paket trotzdem grundsätzlich falsche Weichenstellungen und hat eine große soziale Schieflage. Denn die Kommunen waren schon vor Corona verschuldet aufgrund des jahrelangen Investitionsstaus, der auch der „schwarzen Null“ geschuldet ist. Daher wäre ein Altschuldenfonds dringend nötig gewesen.

In dem Konjunkturprogramm sind außerdem 10 Milliarden Euro für Rüstungsprojekte vorgesehen. Zum Vergleich: Für Schulen stehen lediglich 2 Milliarden Euro im Konjunkturpaket zur Verfügung, Pflegekräfte gehen komplett leer aus. Dabei hat auch die Bundesregierung in der Zeit des Lockdowns für systemrelevante Berufe applaudiert, mehr Geld für eine dauerhaft bessere Bezahlung gibt es jedoch nicht. Das ist ein Affront gegenüber allen, die im Gesundheits- und Pflegesystem arbeiten und teilweise Übermenschliches leisten. So wird Dank zu Heuchelei.

Meine Fraktion hat daher mehr Geld für Schulen, Pflegekräfte und so-

zial Benachteiligte gefordert statt Milliarden für neue Panzer und Kampfschiffe. Denn auch Hartz IV-Beziehende und Niedrigverdienende erhalten nichts, dabei wäre ein monatlicher „Corona-Zuschlag“ so wichtig gewesen, um die größten sozialen Härten abzufedern. Dasselbe gilt für Studierende und Soloselbständige, ihnen werden nur Kredite beziehungsweise Hartz IV angeboten, währenddessen Großkonzernen wie der Lufthansa 9 Milliarden Euro auf dem Silbertablett serviert werden.

Ganz entscheidend ist aber die Frage, wer soll das alles bezahlen? Es wird nicht ohne eine Umverteilung des vorhandenen Reichtums in Deutschland funktionieren, deshalb fordern wir eine Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre, ähnlich des Lastenausgleichs nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein weiteres wichtiges Zukunftsprojekt im Parlament diese Woche ist der Kohleausstieg. Wir fordern einen Kohleausstieg bis spätestens 2030 und haben als einzige Partei im Bundestag das Ergebnis der Kohlekommission

Solidarität.
durch Vermögensabgabe.

Soziales.
in den Mittelpunkt.

Sicherheit.
vor Jobverlust & Kündigung.

DIE LINKE.

Solidarisch aus der **Corona** Krise.

Homeoffice braucht klare gesetzliche Regeln

Pressemitteilung von Jessica Tatti (MdB); 22. Juli 2020

„Es braucht klare gesetzliche Regeln, damit sich Homeoffice nicht zum Nachteil für die Beschäftigten auswirkt, indem Arbeit und Privatleben immer mehr verschwimmen“, erklärt Jessica Tatti, Sprecherin für Arbeit 4.0 der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die aktuelle Studie der Krankenkasse DAK zur Arbeit im Homeoffice. Jessica Tatti weiter:

„Ich begrüße ein Recht auf Homeoffice unter der Voraussetzung, dass es für den einzelnen Beschäftigten freiwillig bleibt und nur einen begrenzten Anteil der vertraglichen Arbeitszeit umfasst. Homeoffice darf nur eine Ergänzung zum Arbeitsplatz im Betrieb sein. Der Betrieb bleibt als sozialer Ort unverzichtbar, der persönliche Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen ist ein wesentlicher Bestandteil des sozialen

abgelehnt. Ein späterer Ausstieg ist mit den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens nicht vereinbar. Deshalb muss jetzt in den Strukturwandel in den Kohlerevieren und neue Arbeitsplätze investiert werden statt in neue Kohlekraftwerke und Subvention fossiler Energien.

Zusammenlebens. In diesem Rahmen sollen Beschäftigte selbstbestimmt entscheiden, ob sie Homeoffice als Vorteil für sich sehen. Was nicht geht ist, dass Unternehmen Beschäftigte in die eigenen vier Wände verbannen, um Büroflächen zu sparen. Ein Recht auf Homeoffice muss mit einem Recht auf Nichterreichbarkeit am Feierabend und mit einer Anti-Stress-Verordnung verbunden sein.“

Mindestlohn: Runter von der Bremse!

Der Chef der Mindestlohnkommission, Jan Zilius, hat vor einer schnellen Anhebung des Mindestlohns auf zwölf Euro gewarnt. Dazu sagt Bernd Rie-xinger, der Vorsitzende der Partei DIE LINKE:

„Mit solchen Aussagen torpediert der Vorsitzende der Mindestlohnkommission die Eindämmung der Altersarmut und schwächt all jene, die sich für Lohngerechtigkeit engagieren. Zwölf

Millionen Menschen in Deutschland arbeiten zu Löhnen unter 13 Euro. Zwölf Millionen, die trotz Arbeit im Alter in Armut leben müssen. Je länger die Koalition beim Mindestlohn auf der Bremse steht, umso mehr Menschen landen nach jahrzehntelanger Erwerbsarbeit im Alter in der Armutsfalle. Fakt ist: nach vierzig Jahren Erwerbsarbeit in Vollzeit braucht es einen Stundenlohn von 12,71 Euro, um überhaupt eine Rente

oberhalb der Grundsicherung zu beziehen. Wenn sich Herr Zilius Gedanken über die Akzeptanz von Tarifsyste-men macht, sollte er sich vergegenwärtigen, dass dauerhaft zu niedrige Tarifröhne eine Gefahr für die Tarifsyste-me darstellen. Die Gewerkschaften brauchen mehr Verhandlungsspielraum, um Tarifröhne zu verhandeln, die sich vom Mindestlohn nach oben absetzen. Das haben die Beschäftigten verdient.“

Besteuert Google, Amazon und Co!

von Sahra Wagenknecht, zuerst erschienen in der Frankfurter Rundschau, 19. Juli 2020

Im November wird in den USA gewählt und Präsident Trump würde gern mit einem Erfolg in einem lang andauernden Handelskonflikt punkten. Sein Erpressungsmanöver: ab 2021 sollen zusätzliche US-Zölle von 25 Prozent auf eine Reihe von Produkten aus Frankreich fällig werden – sofern die Regierung in Paris nicht nachgibt und die von ihr eingeführte Digitalsteuer von drei Prozent auf den Umsatz großer Internetkonzerne wieder abschafft. Sahra Wagenknecht: Bundesregierung ist gefragt, eine Digitalsteuer einzuführen

Nun wäre die Bundesregierung gefragt, zur Rückendeckung Frankreichs auch in Deutschland eine Digitalsteuer einzuführen und das Thema ganz oben auf die Agenda ihrer EU-Ratspräsidentschaft zu setzen, die im Juli begon-

nen hat. Schließlich sind die europäischen Länder angesichts der sozialen und ökonomischen Verwerfungen, die durch die Corona-Krise, den absehbaren Brexit und den nötigen Strukturwandel zur klimaneutralen Wirtschaft noch weiter vertieft werden, auf zusätzliche Einnahmen dringend angewiesen.

Und jedes Jahr könnten den EU-Ländern zwei- bis dreistellige Milliardenbeträge zusätzlich zur Verfügung stehen, wenn US-Datenkraken und Krisengewinner wie Google, Amazon, Apple oder Facebook jeweils dort Steuern zahlen müssten, wo sie auch ihre Umsätze erzielen. Doch obwohl die USA sich aus Verhandlungen der OECD über eine internationale Besteuerung von Digitalkonzernen zurückgezogen haben, lehnt Finanzminister Olaf Scholz eine Digitalsteuer für Deutschland oder die EU insgesamt bislang ab. Schlimmer noch: Mit der befristeten Mehrwertsteuersen-

kung in Deutschland, die ein Loch von 20 Milliarden Euro in die Staatskasse reißen wird, subventioniert die Bundesregierung ausgerechnet die Profite von Online-Händlern wie Amazon, die sich bisher weigern, die Steuersenkung an Verbraucher weiterzugeben.

Eine Digitalsteuer erst in Deutschland und dann nach Möglichkeit auch in der EU einzuführen, wäre alles andere als radikal. Eigentlich müsste man den privaten Datenkraken ihre Fangarme, mit denen sie unsere Daten abgreifen, gänzlich abhacken. Die digitale Infrastruktur, zentrale Marktplattformen oder soziale Medien gehören nicht in die Hände profitorientierter Monopole.

Hier müssen öffentlich-rechtliche Alternativen aufgebaut werden, die dem Allgemeinwohl und dem Datenschutz verpflichtet sind und – auf nationaler wie internationaler Ebene – demokratischer Kontrolle unterliegen.

Deutsch-französische Zusammenarbeit

Von Tobias Pflüger (MdB, Freiburg)

Die Linksfraktion im Bundestag hat mich in die Deutsch-französische Parlamentsversammlung (DFPV) entsandt. Zudem wurde ich Mitglied im Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (GRÜZ). Im GRÜZ treffen sich insbesondere Verwaltungsvertreter*innen aus Frankreich und Deutschland, um Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu besprechen. Da mein Wahlkreis Freiburg bis an die französische Grenze geht, gibt es gerade dort immer wieder Fragen, die sich auf die deutsch-französische Zusammenarbeit beziehen. In Zusammenarbeit mit Initiativen und der LINKEN vor Ort habe ich in beiden Gremien insbesondere zwei Dinge lanciert:

In Breisach gibt es ein Krankenhaus, die Helios Rosmann Klinik. Vor 22 Jahren, 1998, wurden alle drei Kliniken im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald privatisiert. Der Landkreis hält aber weiterhin einen Anteil von 25 Prozent. Die Kapazitäten des

Krankenhauses sollen herunter gefahren werden, so plant es die Geschäftsleitung. Sie soll „einen altersmedizinischen Schwerpunkt erhalten, andere Bereiche sollen heruntergefahren werden, die Notfallversorgung sieht die Klinik nicht als ihre Aufgabe.“ (BZ, 16.12.2018). Aber insbesondere die medizinische Notfallversorgung wie auch die Grundversorgung ebenfalls für Menschen auf der französischen Seite sind ein offener Bedarf. Deshalb habe ich mich bei gut besuchten Veranstaltungen und im GRÜZ für die Klinik Breisach als Modellprojekt deutsch-französischer Zusammenarbeit eingesetzt. Die Corona-Pandemie hat die Notwendigkeit einer solcher deutsch-französischen Modellklinik nur noch deutlicher gemacht. Das Beispiel Breisach zeigt, wie falsch Privatisierungen im Gesundheitswesen sind, wie sie auch der grüne Gesundheitsminister Manfred Lucha vorantreibt. Während der Corona-Pandemie wurde die deutsch-französische Grenze fast überall geschlossen. Für vie-

le Pendler*innen und Familien und Freunde, die diesseits und jenseits der Grenze leben, ergaben sich aufwendige und nervenaufreibende Situationen. Mehrfach habe ich mich für die Grenzgänger*innen eingesetzt und Horst Seehofer mit dieser Situation in einer Sitzung der deutsch-französischen Parlamentarierversammlung konfrontiert. Er hat ausweichend reagiert. Aber auch durch (diesen) Druck sind die Grenzen später zumindest wieder teilweise normal geöffnet worden.

Kliniken auf deutscher Seite waren erfreulicherweise - im Übrigen wieder teilweise gegen den grünen Gesundheitsminister Manfred Lucha - in der Hochphase der Corona-Pandemie bereit, Patient*innen aus dem Elsass / Frankreich aufzunehmen. Dafür haben sich mein Büro und ich mit eingesetzt. Die Gremien der deutsch-französischen Zusammenarbeit sind schwerfällig, aber wir sollten sie weiterhin für konkrete linke Initiativen nutzen.

Aktiv trotz und wegen dem Virus

Von Michel Brandt (MdB)

Danke an alle Genoss*innen, die trotz und gerade wegen dem Virus weiter engagiert für linke Politik gekämpft haben und kämpfen.

Die Pandemie hat die politische Arbeit von uns Allen verändert. Lange Geplantes musste ausfallen, Routinen griffen nicht mehr und neue Möglichkeiten und Herausforderungen entstanden. Noch ist Corona nicht vorbei, eine 2. Welle ist möglich. Trotzdem will ich hoffnungsvoll in die Zukunft blicken und uns Mut machen: die Chancen, die uns die neuen, durch Corona entstandenen, Umstände für progressive linke Politik bieten zu nutzen.

Entgegen der Ankündigung der Regierung im Januar, dass es in „demokratischen“ Ländern wie Deutschland niemals zu Lockdowns oder Ausgangsperren kommen wird wie im „autoritären“ China, obsiegte Mitte März dann doch die Vernunft und auch in Deutschland wurde das öffentliche Leben nahezu vollständig eingestellt. Auch meine Mitarbeiter*innen in Berlin, Karlsruhe und Pforzheim gingen ins Homeoffice.

Was jetzt? Wie organisiere ich in Zeiten von Homeoffice und „physical Distancing“ meinen auf Empowerment und so-

zialer Nähe aufbauenden Politikansatz?

Was mir sofort klar wurde war, dass die Behauptung, „alle seien vor dem Virus gleich“, Klassenkampf von oben ist: denn während die oberen 1% zum Socialdistancing auf ihre Yachten „flüchteten“, mussten die unteren 40% um ihre Existenz bangen, verloren ihren Job oder mussten in Kurzarbeit. Ich selbst war bevor ich Bundestagsabgeordneter wurde Kulturschaffender und viele meiner Freund*innen sind inzwischen ohne Job oder Einkommen. (Zur Situation Kulturschaffender und vielem mehr hört euch gerne meinen auch während des Lockdown entstandenen Podcast mit meinem ehemaligen Kollegen Ralf Wegener an: <https://soundcloud.com/user-445015642>)

Schlichtweg grausam stellt sich die Situation für Geflüchtete dar. Denn anstatt dem Grundgesetz und den Menschenrechten gerecht zu werden, nämlich die Würde und die Gesundheit aller gleich zu schützen, wurden viele Geflüchtete in Deutschland in Massenunterkünften eingesperrt, egal ob mit Corona infiziert oder nicht. Für sie galten die Schutzmaßnahmen der Bundes- und Landesregierungen nicht. Sie wurden einmal mehr wie Menschen 2. Klasse behandelt. Was die Würde und Gesundheit der Menschen

in den Flüchtlingslagern, aber auch den armen Ländern angeht, muss, mit den Erfahrungen der Pandemie, gesondert gesprochen werden. Heute nur soviel von mir dazu: #ShameOnYouEU.

Es zeichnete sich schnell ab, dass ich mich noch intensiver mit der sich immer weiter auseinander spreizenden Schere zwischen arm und reich auseinander setzen würde. Zusammen mit dem Karlsruher Kreisverband erstellten wir Broschüren: „Solidarisch aus der Krise“, und verteilten 16000 davon in Karlsruhe. Ich besuchte die LEA in Karlsruhe, machte Online-Veranstaltungen zur Lage von Geflüchteten, spendete Lebensmittel an die Tafeln und andere Initiativen, die dort einspringen, wo der Sozialstaat konsequent versagt. Und überall traf ich Menschen, die mir trotz und wegen der Krise Hoffnung machen. Denn noch nie in meinem Leben war die Unzufriedenheit der Menschen über das politische und wirtschaftliche System für mich konkreter spürbar als jetzt. Als Linker begreife ich das als Chance auf wirkliche Veränderung, denn DIE LINKE hat schon lange die Konzepte dafür und muss jetzt diese Menschen mitnehmen und befähigen. Ich freue mich darauf, das mit euch zusammen zu tun. #LTW21

Dossier: Aktuelle Hilfsmaßnahmen der Landesregierung bezüglich der Corona-Krise aus LINKER Perspektive

Lukas Bimmerle (Landesvorstand);

Kurzfassung: Dagmar Uhlig

Gleich zu Beginn sei bemerkt, dass dies nur eine starke Kürzung des komplett ausgearbeiteten Dossiers von Lukas Bimmerle darstellt. Die komplette Fassung findet sich auf der Web-Landesseite der Landespartei unter: Partei/Landesvorstand/Berichte und Dokumente
Nach langen Verhandlungen hat sich die Landesregierung mit den Vertreter*innen der kommunalen Landesverbänden geeinigt. Mit insgesamt rund 4,27 Milliarden Euro sollen coronabedingte Einnahmerückgänge und Mehraufwendungen in 2020 kompensiert, Zuweisungen erhöht und wichtige öffentliche Aufgaben unterstützt werden. 2,88 Milliarden Euro davon trägt das Land, mit gut 1,39 Milliarden Euro beteiligt sich der Bund.

Hier die wichtigsten Punkte:

- Das Land gleicht mit 1 Mrd. € Verluste im kommunalen Finanzausgleich für 2020 aus.
- Das Land kompensiert mit 1 Mrd. € den Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen aus. Der Rest kommt vom Bund.
- 50 Millionen € stehen für die Übernahme der Kita-Gebühren während der Schließung sowie des teilweisen Ausgleichs von entgangenen Einnahmen bei Volkshochschulen oder Mu-

sikschulen.

- 125 und 135 Millionen € für erhöhte Aufwendungen bei kommunalen Krankenhäusern
- 81 Millionen € Kosten für medizinische Schutzausrüstung von den Kommunen werden übernommen.
- Für den öffentlichen Nahverkehr werden 437 Mio. € bereitgestellt
- Gesundheitsämter der Stadt- und Landkreise werden mit 205 zusätzlichen Stellen und Finanzzuweisungen im Umfang von 17 Millionen Euro jährlich gestärkt.

Dies ist durchaus positiv zu bewerten. Dass in 2021 keine Rückzahlung erfolgen muss, war ein wichtiges Verhandlungsergebnis, das die kommunalen Spitzenverbände gegen die Landesregierung durchsetzen konnten.

Im Sozialbereich sollten mit den 250 Mio. € vielerorts ein Ausgleich der Kita-Gebühren ermöglicht worden sein. Die Übernahme im ÖPNV Bereich sollte ausreichen, um fast alle negativen Effekte in 2020 im Nahverkehr auszugleichen. Ob die Zusagen für den kommunalen Krankenhausbereich ausreichen, bleibt abzuwarten und ist unsicher.

Kritisch zu bewerten sind vor

allem zwei Punkte:

1. Eine Übernahme der gestiegenen Sozialausgaben in den Kommunen durch das Land findet nicht statt.
2. Haushaltssperren werden nicht konsequent verhindert. Viele Kommunen werden bereits jetzt auf einen „Sparkurs“ getrimmt. Daher müssen wir als LINKE auch für 2021 eine finanzielle Unterstützung seitens des Landes einfordern, ansonsten wurden die Probleme nur gemildert.
Das sehr ausführliche Gesamt-Dossier teilt sich dann in verschiedene Bereiche auf, mit einer jeweiligen Einschätzung dazu. So finden sich dort Übersichten zu den einzelnen Maßnahmenpaketen im Bereich Wohnen, Arbeit & Soziales, Wirtschaft, Verkehr, Bildung, Kultur, Gesundheit, Vereine.



4.250 Euro Rente pro Tag

Während Zehntausende Beschäftigte in der Automobilindustrie um ihren Arbeitsplatz zittern, kann sich Ex-Daimlerboss Dieter Zetsche über 4.250 Euro Betriebsrente pro Tag (!) freuen. Den Dieselbetrug hat der Chefmanager wohlbehalten überstanden. Die Daimler-Beschäftigten dagegen müs-

sen auf Lohn verzichten und erhalten kein tarifliches Zusatzgeld. Im oberen Segment gibt es wie immer Boni und keine Abzüge. Wer als Stargast mit Turnschuhen und ohne Krawatte beim Landesparteitag der Grünen die Herzen des Elektroauto-Bürgertums erobert hat, den lässt man hinterher

nicht der Verarmung anheimfallen. Zetsche übertrumpft damit Ex-VW-Vorstandschef Martin Winterkorn, der erhält nur schlappe 3100 Euro pro Tag. Den Karren aus der Produktkrise müssen in beiden Dax-Konzernen andere herausziehenden.

Bernhard Strasdeit

Lebhafte Debatte über Flächenverbrauch in der Region

Nach einstündiger teils kontrovers geführter Diskussion verabschiedete die Verbandsversammlung Heilbronn-Franken auf ihrer Sitzung am 3.7.20 in Neckarwestheim die 18.Änderung des Regionalplans. Einzig die zweitgrößte Fraktion von Grünen/ödp/Linke setzte sich kritisch mit dem geplanten zusätzlichen Flächenverbrauch von 426 ha bis 2030 auseinander. Fraktionsvorsitzender Armin Waldbüßer erklärte in seiner Rede konkrete Alternativen für einen nachhal-

tigeren Verbrauch von Ackerflächen:

„Einen Flächenverbrauch für Gewerbe, Industrie, Verkehr und Siedlungsentwicklung wie in der Vergangenheit kann und darf es nicht mehr geben. Wir fordern die Kommunen deshalb dazu auf, ihr Flächenmanagement zu optimieren, um mit den vorhandenen Flächen auszukommen. Gewerbebrachen müssen reaktiviert werden, statt neue Gebiete zu erschließen. Lager- und Fertigungshallen sind mehrgeschossig statt eingeschossig zu bauen. Parkplätze sollen auf Parkdecks statt auf Freiflächen realisiert werden. Vorhandene Gebäude können aufgestockt werden. Wohnungen können über Gewerbeimmobilien entstehen. Die Gemeinden sollten die Kontrolle über die Grundstücke behalten indem sie diese nicht mehr verkaufen, sondern sie den Nutzern per Erbpacht zur Verfügung stellen.“

Nach den zustimmenden Stellungnahmen von CDU, SPD, Die Freien, FWV und FDP folgten weitere Wortbeiträge aus der Fraktion Grüne/ödp/Linke, die sich kritisch mit dem Thema Flächenverbrauch auseinandersetzten. So begründete Johannes Müllerschön seine Ablehnung der Vorlage: „Jüngste Beispiele von Gewerbeflächenverbrauch in der Region, in Bad Wimpfen,

Bad Friedrichshall aber auch im Zabergräu sprechen meiner Meinung nach nicht dafür, zusätzliche Flächen für eine gewerbliche Entwicklung der kommunalen Bauleitplanung zugänglich zu machen. Um es, Herr Mandel, in ihrer planungstechnisch diplomatischen Redeweise rüberzubringen.

In eigenen Worten: Es widerstrebt mir, nach obigen und ähnlichen Erfahrungen weitere zusätzliche für Natur, Klima und Landwirtschaft dringend benötigte Flächen, den wirtschaftlichen Interessen der finanziell gebeutelten Kommunen zu opfern. Wenn selbst meine Gewerkschaft, die IG Metall zusammen mit dem BUND gemeinsame Positionen zum Thema Klima und Umweltschutz hinbekommen, dann zeigt dies, dass die Zivilgesellschaft zusammen mit den Fridays for Future weiter sind in Sachen Zukunftsplanung, wie viele Entscheider in der Kommunalpolitik. Deshalb lehne ich die 18.Änderung ab und bedanke mich bei Ihnen fürs Zuhören.“

Den Änderungsantrag, mit dem die Fraktion noch versuchte den Flächenverbrauch bis 2040 (statt bis 2030) zu „strecken“ fand nur die Zustimmung aller 14 anwesenden „bunten“ Fraktionsmitglieder (...).



Zur Causa badisches Staatstheater Karlsruhe – Zeit für Veränderung

Michel Brandt MdB, Karlsruhe

„In den letzten Tagen und Wochen ist die Situation am Badischen Staatstheater Karlsruhe medial hochgekocht und hat für viel Aufmerksamkeit gesorgt.“

Es ist gut, dass diese Zustände jetzt öffentlich diskutiert werden – auch wenn sie nicht neu sind, sondern schon seit Jahren schwelen. Viele dieser Punkte waren für mich Grund, 2014 in den Personalrat des Badischen Staatstheaters zu gehen, wo ich von 2011 bis zu meinem Einzug in den Bundestag 2017 als Schauspieler gearbeitet habe.

Generell sind die Arbeitsbedingungen an deutschen Stadt- und Staatstheatern oft höchst prekär und problematisch. Das hat vor allem mit Unterfinanzierung und dem, für die künstlerischen Bereiche geltenden Vertrag, dem NV-Bühne zu tun. Es ist ein strukturelles Problem, wenn immer mehr, immer billiger und mit immer we-

niger Personal produziert werden soll. Gleichzeitig wird an den meisten Theatern nach völlig veralteten Hierarchiemodellen agiert. Beispiel dafür ist unter anderem in Karlsruhe das Modell des Generalintendanten. (...)

Die vielen Gespräche, die ich die letzten Wochen mit Mitarbeiter*innen und ehemaligen Kolleg*innen sowie mit dem Personalrat und den verschiedenen Ensemblevertretungen geführt habe, zeichnen ein erschreckendes Bild und machen deutlich, wie tief die Gräben sind.

Umso wütender machen mich die Reaktionen von Oberbürgermeister Frank Mentrup (SPD) und Ministerin Theresia Bauer (GRÜNE), Vorsitzende des Verwaltungsrats des Staatstheaters. Bereits zu meiner Zeit im Personalrat haben wir beide immer wieder auf untragbare Zustände am Haus hingewiesen, beispielsweise massive und strukturelle Überschreitung von Arbeitszeiten, erzwungene Fälschung

von Stundenzetteln, massive Verstöße gegen das Arbeitszeitschutzgesetz, darauf folgende Burn Out-Fälle und Kündigungen.

Es ärgert mich und es ist ein Skandal, dass wir sowohl von Frau Bauer als auch Herrn Mentrup jetzt vernehmen müssen, sie hätten davon angeblich nichts gewusst. Entweder sie haben es nicht gewusst – dann haben sie ihren Job nicht gemacht. Oder sie haben es geduldet – dann habe sie ihren Job nicht gemacht. (...)

Es braucht in ganz Theater-Deutschland eine Strukturreform; fangen wir in Karlsruhe damit an: Erste Konsequenzen der morgigen Verwaltungsratssitzung wären: Weg mit dem Modell des Generalintendanten, hin zu Teamlösungen und Gestaltungsfreiheit der Sparten. Echte Kontrolle heißt, den Verwaltungsrat umzustrukturieren. Die Gewerkschaften, die die Beschäftigten vertreten, müssen mit an den Tisch. Der Personalrat braucht ein

Stimmrecht und die Ensemblevertretungen müssen teilnehmen können.

Es ist klar, dass der Vertrag NV-Bühne durch einen zeitgemäßen Tarifvertrag ersetzt werden muss. Doch einige Maßnahmen könnte man jetzt schon auf politischer Ebene treffen: Falls es auf Grund der Vorfälle zu einem Wechsel an der

Spitze des Theaters kommen sollte, muss es eine Beschäftigungsgarantie für alle Künstlerinnen und Künstler sowie NV-Bühne-Beschäftigten auf mindestens zwei Jahre geben. Die Regelarbeitszeit darf die 40-Stunden-Woche nicht mehr überschreiten (NV-Bühne zur Zeit 48 Stunden). Mit dem Personalrat sind Vorstellungsob-

grenzen zu vereinbaren. Die Belegschaft des Badischen Staatstheaters ist in den gesamten Umstrukturierungsprozess mit einzubeziehen. (...)

Ich wünsche allen meinen Kolleg*innen - aus Technik, den künstlerischen Abteilungen, Gewerken, Garderobe, Kantine - vor und hinter der Bühne - viel Kraft und

Gelungener Auftakt der linken Werkstattgespräche zu bezahlbarem Wohnen



Der Kreisverband DIE LINKE Heilbronn-Unterland hat in Offenau eine Zukunftswerkstatt zum Thema „Bezahlbares Wohnen“ durchgeführt. Dies war der Auftakt zu einer ganzen Reihe von Veranstaltungen, die als Werkstattgespräche einer Zukunftswerkstatt verschiedene Themen bearbeiten sollen. So sollen gesellschaftlich wichtige und kontrovers diskutierte Lebensbereiche von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Weitere Termine der Zukunftswerkstatt des Kreisverbands wird es zu Mobilität, prekärer Arbeit, Kultur und Gesundheit geben.

Der stellvertretende Bürgermeister von Offenau Jürgen Kowol begrüßte die Gäste im Rathaus und führte in die The-

matik aus kommunaler Sicht ein. Sein Fokus richtete sich dabei auf die Planungen in Offenau. Hier will die Gemeinde ein Gebäude für einen Droge-riemarkt selbst bauen. Zusätzlichen Wohnungsbau hält er

aber für ein finanzielles Risiko aufgrund der Verschuldung der Kommune, die im Auge behalten werden muss. Er glaubt, dass im Landkreis eine bessere Koordination zum Wohnungsthema sinnvoll ist. Konrad Wanner, Stadtrat der LINKEN in Heilbronn, berichtete über die aktuelle Situation in Heilbronn, wo die Nachfrage nach Wohnungen vor allem auch durch den Zuzug von Studierenden weiter knapp wird. Es wird viel gebaut, aber zu wenig bezahlbare, geförderte Wohnungen. Zudem fallen viele Wohnungen aus der Sozialbindung heraus.

Für die zahlreichen anstehenden Baugelände in Heilbronn fordert er gemeinsam mit Bündnispartnern eine 30%-Quote für geförderten Wohnungsbau. Dadurch kön-

nen mehr bezahlbare Wohnungen entstehen und eine gemischte Wohnbevölkerung wäre überall vorhanden.

Florian Vollert, Weinsberger Stadtrat und Kreisrat, berichtete von der Situation in Weinsberg und dem Förderprogramm des Landkreises für sozialen Wohnungsbau. So bekommen vom Land geförderte Projekte einen weiteren Zuschuss vom Landkreis. Bei der knappen Kalkulation ist dies im Einzelfall von entscheidendem Vorteil. Insgesamt scheinen die Förderrichtlinien vom Land zu strikt zu sein, um in diesem Bereich größere Schritte machen zu können. Vollert fordert vom Landkreis zudem eine bessere Koordination der Bemühungen beim Thema sozialer Wohnungsbau. Ein Austausch der Ideen auf der Ebene der Kommunen und der Gemeinderäte könnte für alle sinnvoll sein.

Verlesen wurde auch ein Text der Wohnungssuchenden Katharina Wilke, der sehr deutlich gemacht hat, wie schwierig es ist in und um Heilbronn eine bezahlbare Wohnung zu finden. Gerade im niedrigen und mittleren Preissegment sind die Wohnungen knapp. So wurde auch berichtet, dass in Heilbronn der Lohn einer Verkäuferin kaum eine Wohnungsfindung außerhalb von WG-Zimmern zulässt. (...)

Mandatsträger*innen DIE LINKE Heilbronn-Unterland

Im Heilbronner Gemeinderat sind Konrad Wanner und Dr. Erhard Jöst die Vertreter der LINKEN. Schwerpunkte sind bezahlbares Wohnen, autofreie Innenstadt, Kultur und die Giftmüllleinla-

gerung im Salzbergwerk.

Im Kreistag sind Lydia Riedel-Tramsek und Florian Vollert, die sich um die kommunalen Krankenhäuser und Erweiterung der S-Bahnlinien kümmern. Ak-

tuell geht es auch um einen günstigeren Tarif im ÖPNV, der Antrag war das 365 € Jahresticket für den Verkehrsverbund. Im Regionalverband arbeiten die beiden LINKEN-Regionalräte Marlene Neu-



mann und Johannes Müllerschön in einer Fraktion mit Grünen und ödp. DIE LINKE möchte die Region stärken und plant mit der Fraktion eine Veranstaltung zum Thema Flächenverbrauch.

Im Weinsberger Gemeinderat nehmen sich Juliana Frisch und Florian Vollert der Themen Kinderbetreuung und Wohnen an.

Esslingen kommunalisiert den ÖPNV vollständig

ver.di: Klimaschutz und gute Arbeitsbedingungen passen zusammen

ver.di begrüßt, dass der Gemeinderat der Stadt Esslingen mit 22 zu 19 Stimmen entschieden hat, dass die Verkehre, die bisher die Firma Rexer gefahren hat, zum Jahreswechsel vollständig zum städtischen Unternehmen SVE übergehen sollen. Die bisherigen Rexer-Beschäftigten können übernommen werden. Die bisherige Subunternehmerquote von 37 Prozent entfällt. Für alle Beschäftigten gilt ab 2021 unterschiedslos der TV-N. Weiteres Ziel der vollständigen Kommunalisierung ist, ab 2024 den ÖPNV in Esslingen vollständig

elektrisch zu betreiben – als voraussichtlich erste Stadt in Deutschland.

Andreas Schackert, ver.di Landesfachbereichsleiter Verkehr: „Esslingen hat eine zukunftsweisende Entscheidung getroffen: für die Umwelt, für die Bürgerinnen und Bürger und für die Beschäftigten im ÖPNV. Die Stadt erhält nun ein zukunftsfestes und klimafreundliches Verkehrsangebot sowie mehr Steuermöglichkeiten für ihren Nahverkehr. Gleichzeitig übernimmt sie Verantwortung für die Arbeitsbedingungen und die berufliche Sicherheit der rund 40 Rexer-Fahrerinnen und Fahrer und

bekannt sich zum kommunalen Nahverkehrstarifvertrag. Die Stadt Esslingen zeigt: Klimaschutz und gute Arbeitsbedingungen passen zusammen.“

In Baden-Württemberg gilt der TV-N außer in Esslingen in kommunalen Verkehrsbetrieben in Stuttgart, Karlsruhe, Baden-Baden, Freiburg, Konstanz und Heilbronn. Der TV-N bietet bessere Arbeitsbedingungen als der bisher für die Rexer-Beschäftigten geltende Tarifvertrag für den privaten Omnibusverkehr mit dem WBO. Die Mehrkosten beziffert die Stadt Esslingen auf jährlich rund 300.000 Euro.

Kommunen sind systemrelevant

Bernhard Strasdeit, Kreisrat in Tübingen; *Quelle: Schwäbisches Tagblatt*
Die Haushaltsslage der Kommunen und Kreise hat sich massiv verschlechtert. Bei Kitas, Schulen, Kultur, öffentlichem Verkehr und Pflege schlägt Corona besonders hart auf. Letzte Woche war ich bei Gesprächen dabei, die die Bundestagsabgeordnete der Linken Heike Hänsel mit den Bürgermeistern im Landkreis Tübingen führte. Die Botschaften aus den Rathäusern lauten: Einnahmen brechen weg, die Sozialkosten werden steigen. Land und Bund müssen drauflegen, wenn die Kommunen als Konjunkturmotor handlungsfähig bleiben sollen. Bisherige Liquiditätshilfen dürfen nicht verrechnet werden mit kommunalen Zuweisungen.

DIE LINKE will, dass nicht die Kommunen und nicht die Schwächsten in der Gesellschaft die Krise bezahlen müssen.

Sozialpolitische Handlungsspielräume im Kreishaushalt wollen wir erhalten. Die 1101 Kommunen in Baden-Württemberg sind „systemrelevant“ und nicht weniger wichtig als die Lufthansa mit ihrer raffgierigen Aktionärsstruktur.

Auf unsere Initiative hat der Kreistag einer Resolution zugestimmt, die einen finanziellen Schutzschirm für Kommunen fordert sowie die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Diese ist das Fundament der Demokratie. Die Pandemie hat die gesamte Wirtschaft über Monate zum Erlahmen gebracht. Millionen Menschen wurden in Kurzarbeit geschickt. Jede/r vierte Beschäftigte hat Gehaltseinbußen. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit Niedrigeinkommen, Familien mit Kindern, Kleingewerbetreibende und Soloselbstständige sind die Hauptverlierer. Und die Gewinner?

Im Windschatten der staatlichen Konjunkturprogramme schütten deutsche Konzerne Milliardenbeträge an Großaktionäre aus. Das Vermögen von Amazon-Chef Bezos stieg in zwei Monaten um 34 Milliarden US-Dollar. Ich fände gut, wenn die kommunalen Verbände mit den Gewerkschaften und mit der IHK Druck machen, dass die Tarifbindung für Beschäftigte wieder zur festen Norm wird und dass sich Milliardäre mit Sondersteuern aktiv an der Überwindung dieser Krise beteiligen dürfen.

Noch eine gute Nachricht aus dem Kreistag: Nach Rottenburg und Tübingen ist auch der Kreis Tübingen dem Bündnis „Sichere Häfen“ für Geflüchtete in Not beigetreten. Der Beschluss kam mit knapper Mehrheit auf interfraktionellen Antrag zustande. Wir hoffen, dass es nicht beim symbolischen Akt bleibt, sondern Unterstützung für die Menschen folgt.

Demo für die Beschäftigten von Galeria Kaufhof

Die Bundestagsabgeordnete Jessica Tatti sprach am Samstag, 11.7.2020, bei einer Kundgebung gegen die Schließung von Galeria Kaufhof in Stuttgart Bad Cannstatt. Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft Verdi kämpfen für den Erhalt der Filiale. Galeria Kaufhof will mehrere Filialen in Baden-Württemberg schließen.

Die Rede von Jessica Tatti möchten wir hier auszugsweise dokumentieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Wir stehen hier vor der Filiale Galeria Kaufhof in Bad Cannstatt, weil ihre Schließung ansteht. Damit stehen die Beschäftigten vor den Scherben ihrer Existenz. (...)

Galeria Karstadt Kaufhof hat bundesweit einen krassen Kahlschlag angekündigt: Von der geplanten Schließungswelle sind bundesweit tausende langjährige Beschäftigte betroffen, darunter viele Frauen. Viele von ihnen haben Angst um ihre Zukunft, davor, ob sie noch einen anderen Arbeitsplatz finden werden.

Ich will euch Mut machen, gemeinsam mit eurer Gewerkschaft Verdi für eure Filiale einzustehen. Denn in anderen

Städten haben die gemeinsamen Proteste von Beschäftigten, Gewerkschaften und Lokalpolitik erreicht, dass die Schließung von bislang sechs Filialen zurückgenommen wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bedeutet also, es lohnt sich für den Erhalt dieser Filiale zu kämpfen! Die Kolleginnen und Kollegen in Dortmund, Nürnberg, Goslar, in Potsdam, Chemnitz und in Leverkusen haben es vorgemacht und genau deshalb dürfen wir auch hier in Stuttgart nicht lockerlassen!

Der Eigentümer von Galeria Karstadt Kaufhof, der Milliardär und Immobilienspekulant René Benko muss sofort damit aufhören, die Corona-Krise für seine rabiatischen Umstrukturierungsfantasien zu missbrauchen und sich auf dem Rücken der Beschäftigten zu bereichern. Er muss auch für weitere Filialen die Schließungspläne zurücknehmen!(...)

Die Bundesregierung hat es hier im Übrigen verpasst, rechtzeitig eine gesetzliche Möglichkeit zur Minderung von Mietkosten in der Corona-Krise zu schaffen. Es ist höchste Zeit, entsprechende Regelungen einzuführen. Und

dafür muss sich die Große Koalition in Berlin endlich mit der Immobilienlobby anlegen, die bisher erfolgreich verhindert hat, dass auch sie ihren gerechten Beitrag zur Überwindung der Corona-Krise leisten muss.

Wenn die Große Koalition es nicht schafft dazu den Mut aufzubringen, könnten bald weitere Schließungen im Einzelhandel drohen. Es kann doch nicht sein, dass Filialen geschlossen werden und Menschen ihre Arbeit verlieren, nur damit Immobilieneigentümer in Krisenzeiten nicht von ihren überhöhten Renditevorstellungen abrücken müssen!

Das Absurde bei Galeria Karstadt Kaufhof ist dabei, dass Immobilienbesitzer und Warenhausbetreiber in vielen Fällen ein und derselbe sind. Benko zeigt jetzt seine wahren Absichten, die er beim Kauf der Galeria-Karstadt-Kaufhof-Filialen hatte:

Sie stehen auf wertvollsten Innenstadtfeldern. Und es ist weitaus profitabler, die Grundstücke und Gebäude anders zu vermarkten als die Warenhäuser zu betreiben und die Arbeitsplätze der Beschäftigten zu sichern. (...)

Und was macht eigentlich die Stadt Stuttgart in dieser Sache? (...)

Hat Oberbürgermeister Kuhn kein Interesse am Einzelhandel und an den Beschäftigten? Noch nicht einmal an den Gewerbesteuererinnahmen, die dem Stuttgarter Haushalt und letztlich den Bürgerinnen und Bürgern dadurch verloren gehen?

Es geht um mehr als um irgendein Warenhaus. Bad Cannstatt braucht das Kaufhaus! Die Cannstatter können hier Einkäufe erledigen, für die sie sonst in

Zukunft in die Innenstadt fahren müssen. Vielleicht werden sie aber auch nicht in die Innenstadt fahren, sondern im Internet einkaufen. Der Online-Handel übt ohnehin schon massiven Wettbewerbsdruck auf den Einzelhandel aus. Er stärkt Konzerne wie Amazon und damit Arbeitsplätze mit miesen Löhnen und Arbeitsbedingungen. Er stärkt Konzerne, die sich überall vor Steuern drücken, aber Subventionen abgreifen. Wenn das die Zukunft des Handels ist, ist das katastrophal für unser Gemeinwesen und für die

Beschäftigten.

OB Kuhn täte gut daran, sich entschlossen für den Erhalt von Galeria Kaufhof in Bad Cannstatt einzusetzen. Lasst uns ihm Druck machen, damit er mit uns gemeinsam Druck macht – für den Erhalt von Galeria Karstadt Kaufhof in Bad Cannstatt und auch von Galeria Kaufhof Sport in der Königstraße.

Bleibt dran, Kolleginnen und Kolleginnen. Es ist jetzt nicht die Zeit eure Filiale aufzugeben, es ist die Zeit um sie zu kämpfen!

Chancengerechte Bildung in Zeiten von Corona

Sahra Mirow, Landessprecherin

Die Corona Krise verschärft soziale Ungleichheiten in der Bildung und verringert gleiche Bildungschancen. Zu diesem Ergebnis kommt der in dieser Woche vorgestellte nationale Bildungsbericht. Der Landesvorstand der LINKEN. Baden-Württemberg sieht großen bildungspolitischen Handlungsbedarf im Land. Die baden-württembergische Kultusministerin und CDU-Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann trage mit unausgegorenen Plänen zu einer Verschärfung der Bildungsungerechtigkeit bei.

Sahra Mirow, Landessprecherin der LINKEN. Baden-Württemberg, erklärt dazu: „Wir begrüßen grundsätzlich die vollständige Öffnung der Kitas bis Anfang Juli. Kinder und Eltern sind die großen Leidtragenden der letzten Wochen. Gerade Frauen werden momentan mit der massiven Mehrfachbelastung durch Erwerbs-, Sorge- und Hausarbeit alleine gelassen. So verschärft Corona nicht nur die Bildungsungleichheit, sondern auch die Geschlechterungerechtigkeit. Rettungs-

schirme wurden vor allem für große Konzerne aufgespannt, während Familien im Regen stehen. DIE LINKE fordert daher ein Corona-Elterngeld und die Aufstockung der Grundsicherung um 200 Euro. Die Landesregierung darf sich bei der Öffnung der Kitas aber nicht aus der Verantwortung stehlen. Momentan werden die Einrichtungen mit der Erstellung der Hygienepläne und Einhaltung der Infektionsschutzbestimmungen alleine gelassen. Das Kultusministerium muss ein klares Umsetzungskonzept vorlegen. Die Öffnung der Kitas darf nicht zu Lasten der Gesundheit der Erzieher*innen gehen. Wir lehnen es entschieden ab, jetzt darüber zu diskutieren, den Mindestpersonalschlüssel in den Kitas zu senken. Die Corona-Pandemie hat stattdessen gezeigt, dass es mehr Erzieher*innen braucht, auch um kleinere Gruppen und damit einen besseren Infektionsschutz zu gewährleisten. Bildung beginnt in den Kitas – es ist daher Zeit, die Kita-Gebühren endlich komplett abzuschaffen.“

Daniela Grondy, Sprecherin der LAG Bildung der LINKEN. Baden-Württem-

berg, ergänzt zu der Situation an den Schulen: „Es ist gut, dass nicht nur die Kitas, sondern auch die Grundschulen vollständig geöffnet werden. Allerdings muss auch hier der Lehrkräftemangel behoben werden und es fehlt bislang ein Konzept, wie der ÖPNV für Schüler*innen risikoärmer gestaltet werden kann. Wir schließen uns der Forderung der Gewerkschaften an, dass angesichts der Corona-Pandemie die Untergrenze für eine Vertretungsreserve ab dem kommenden Schuljahr bei 5% liegen sollte. Die Krise verdeutlicht aber auch, dass die Landesregierung die Digitalisierung in der Bildung verschlafen hat. Als LINKE fordern wir, dass allen Schüler*innen eine ausreichende digitale Ausstattung zur Verfügung steht. Digitale Endgeräte müssen im Rahmen der verfassungsmäßigen Lernmittelfreiheit allen zur Verfügung gestellt werden. Dafür muss die Lernmittelverordnung angepasst werden. Geld ist da! Die Finanzierung kann durch den DigitalPakt Schule erfolgen. Wir müssen die Krise nutzen, um unser Bildungssystem digitaler, inklusiver und kreativer zu gestalten.“

Es ist Zeit für eine Kindergrundsicherung.

Eine neue Studie der Bertelsmann Stiftung „Kinderarmut in Deutschland“ zeigt, dass in Deutschland rund ein Fünftel aller unter 18-Jährigen in Armut lebt. Baden-Württemberg und Bayern weisen mit 8,1% und 6,3% die geringsten Anteile der von Armut betroffenen Kinder auf. Die Studie veranschaulicht, dass das Thema Kinderarmut ignoriert wurde und die Corona-Krise die bestehenden Ungleichheiten weiter verschärfen wird. Denn ärmere Familien mit prekären Beschäftigungsverhältnissen seien besonders von den negativen Wirtschaftsfolgen der Krise – sei es Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit – betroffen. Dies trifft auch die Alleinerziehenden-Familien, die stark von Kinderarmut betroffen sind. In Baden-Württemberg liegt der Anteil der Kinder in alleinerziehenden Familien im SGB II-Bezug mit 45,6% sogar knapp über dem Bundesdurchschnitt. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg veröffentlichte dieses Jahr zum Internationalen Tag der Familie, dass 37,7% der Alleinerziehenden-Familien mit weniger als 2000

Euro Familiennettoeinkommen im Monat leben.

Dieser beschämende Zustand ist nicht hinnehmbar. Es braucht einen Rettungsschirm für Familien! Das Corona-Konjunkturpaket der Bundesregierung sieht zwar einen einmaligen Kinderbonus in Höhe von 300 Euro vor, aber diese Maßnahme wird Familien nicht entlasten. Zudem benachteiligt die hälftige Aufteilung Alleinerziehende. Die geplanten neuen Hartz-IV-Regelsätze sind realitätsfern. Als LINKE setzen wir uns stattdessen auf Bundesebene für eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes, ein Corona-Elterngeld und einen Zuschlag auf die Grundsicherung in Höhe von 200 Euro ein. Es ist außerdem Zeit für eine Kindergrundsicherung.

Wie wichtig eine Entlastung der Familien ist, wurde anhand des Homeschoolings deutlich. Kinder aus Bildungshaushalten und mit entsprechender finanzieller und technischer Ausstattung haben hier ganz andere Möglichkeiten als Kinder aus ärmeren Haushalten. Auch die Bertels-

mann-Studie bekräftigt, dass ein geeigneter Lernort nicht überall verfügbar sei. Das zweiwöchige baden-württembergische Sommer-Nachhilfeprogramm „Lernbrücke“ wird die entstandenen Bildungslücken nicht beheben. Für das kommende Schuljahr braucht es ein Förderkonzept.

Damit die soziale Spaltung nicht weiter vertieft wird, machen wir uns mit den Gewerkschaften für eine inklusive und ganztägige Bildung mit individueller Förderung stark. Ob Kita, Mittagessen oder Schulweg: Gute Bildung muss gebührenfrei sein. Damit der digitale Unterricht gelingt, bedarf es zusätzlich zu einer medienpädagogischen Aus- und Fortbildung für die Lehrkräfte und einem flächendeckenden Breitbandausbau kostenfreie digitale Endgeräte für Schüler*innen und Lehrkräfte, die für eine zentrale Lernplattform verwendet werden sollen.

In die Maßnahmenplanung müssen die Beschäftigten, Eltern, aber auch Kinder und Jugendliche miteingebunden werden. **Nadia Slim, Mitglied im Landesvorstand**

Mehr Lehrkräfte und Erzieher*innen

Positionspapier:

Bildung in Zeiten von Corona

Die Corona-Pandemie zeigt, wie ungerecht die Bildungschancen in Deutschland verteilt sind. Familien – insbesondere sozial Benachteiligte – sind die Hauptleidtragenden dieser Krise. Corona hat die bestehenden sozialen Unterschiede weiter verschärft, das zeigt sich auch beim Homeschooling. Kinder aus Bildungshaushalten und mit entsprechender finanzieller und technischer Ausstattung haben hier ganz andere Möglichkeiten als Kinder aus ärmeren Haushalten. Verschärft hat sich die Situation insbesondere für Kinder aus gewaltbelasteten Haushalten, für die der Rückzugsraum Bildungseinrichtung wegfiel. Während Rettungsschirme in Milliardenhöhe für die Wirtschaft aufgespannt wurden, kamen der Schutz für Familien und das Recht auf Bildung zu kurz. Die Kita- und Schulschließungen zu Beginn der Pandemie waren richtig. Jetzt gilt es aber, endlich Klarheit für die Familien zu schaffen. Eltern müssen entlastet werden. Zur finanziellen Unterstützung schlagen wir ein Corona-Elterngeld und eine Aufstockung der Grundsicherung um 200 Euro vor. Die chancengerechte Bildung von Anfang an muss für alle Kinder und Jugendliche gewahrt werden.

Während die Kultusminister*innen zu Beginn zur Bewältigung der Krise an einem gemeinsamen Strang zogen, zeichnete sich nach und nach der föderale „Flickenteppich“ ab. Die Eltern wurden währenddessen mit ihrer Situation allein gelassen. Die Kultusministerin und CDU-Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann trug mit unausgegrenzten „Plänen“ dazu bei, dass derweil die Bildungsgerechtigkeit weiter verschärft wurde. Wir erwarten ab jetzt eine rechtzeitige Einbindung und Mitbestimmung der Schüler*innen- und Elternvertretungen in die Maßnahmenplanung und -evaluation. Damit ein reguläres Schuljahr 2020/21 gewährleistet wird, fordern wir die Einbeziehung der Gesundheitsämter und zeitnahe Tests für die Lehrkräfte und Schüler*innen.

Kinderrechte schützen

Kinder leiden unter der eingeschränkten sozialen Kontaktaufnahme besonders. Durch die Schließung der Kinderbetreuungseinrichtungen und die eingeschränkte Notbetreuung wurden viele Eltern vor eine Herausforderung gestellt. Da Kinderbetreuung immer noch eine Frage der Geschlechter(un)gerechtigkeit ist, ging und geht dies zulasten der Frauen. Sie leisten noch immer täglich 1,5 Stunden mehr unbezahlte Care-Arbeit als Männer.

Home-Schooling, Erwerbs-, Sorge- und Hausarbeit - gerade für Frauen bedeutet die jetzige Situation eine intensive Mehrfachbelastung. Wir begrüßen daher die vollständige Kita-Öffnung, die bis Anfang Juli erfolgen soll. Die Öffnung der Schulen und Kitas darf dabei aber nicht auf Kosten des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten

geschehen. Wir erwarten von der Landesregierung zur Unterstützung der Kita-Träger deswegen ein klares Umsetzungskonzept. Wir fordern, dass die Kinder in festen Kleingruppen betreut werden, zwischen denen ein Kontaktverbot gelten sollte. Hierfür braucht es aber genügend Erzieher*innen. Umso absurder ist der Vorschlag, dass der Mindestpersonalschlüssel in Kitas gesenkt werden solle. Diese wirtschaftlich motivierte Maßnahme würde lediglich zu einer zunehmenden Arbeitsverdichtung der Beschäftigten führen. Als LINKE setzen wir uns hingegen schon lange für mehr Personal mit besseren Arbeitsbedingungen ein. Die Landesregierung stellte ein Soforthilfepaket für die Kommunen für die Erstattung von Elternbeiträgen und Gebühren bereit. Wir finden: Es ist Zeit, dass Kita-Gebühren komplett abgeschafft werden! #gebührenfreieKita

Kreativ, digital und sicher den Schulalltag meistern

Es ist gut, dass nicht nur die Kita, sondern auch die Grundschulen vollständig geöffnet werden. Das zudem vorgesehene durchgehende Unterrichtssystem für die Jahrgangsstufen, die in diesem oder darauffolgenden Jahr vor einem Abschluss stehen, begrüßen wir. Es ist wichtig, dass zusätzlich alle anderen Jahrgangsstufen wieder in die Schule gehen können und Familien durch das rollierende Wechselsystem entlastet werden. Es muss eine verlässliche Unterrichtszeit gewährleistet werden, die die Wiederaufnahme der Berufstätigkeit der Eltern ermöglicht. Hierfür bedarf es eines klaren Umsetzungskonzeptes. Schülerinnen und Schüler müssen in festen Klassengruppen und -räumen unterrichtet werden, der Hygieneschutz muss gewährleistet werden! Dies gilt auch für den Schüler*innen-Transport.

In dieser Krisenzeit und danach muss gelten: Solidarität statt Konkurrenz! Das Leistungen, die im Fernunterricht erbracht werden, nicht benotet werden, ist begrüßenswert. Die Verantwortung für Entscheidungen bezüglich Prüfungen, Klausuren oder Leistungsnachweisen wird den Lehrkräften aufgebürdet und daher uneinheitlich gehandhabt. Aufgrund der unklaren Anweisungen und Formulierungen des Kultusministeriums herrscht bei Lehrkräften, Schüler*innen und Eltern große Verunsicherung. Dem muss durch rechtzeitige und eindeutige Vorgaben ein Ende bereitet werden! Gleiches gilt für den Bereich der Lernmittel.

Die Krise verdeutlicht, dass die Digitalisierung auch in der Bildung verschlafen wurde. Das Chaos an unterschiedlichen Kommunikationsplattformen für den Fernunterricht muss beendet werden. Wir fordern eine landesweite sichere Online-Plattform und dienstliche Mail-Adressen für die Lehrkräfte. Es muss sichergestellt werden, dass niemand benachteiligt wird. Leider sieht die Realität anders aus: Nicht



alle Haushalte sind ein gut ausgestatteter digitaler Lernort. Als LINKE fordern wir, dass allen Schüler*innen eine ausreichende digitale Ausstattung zur Verfügung steht. Digitale Endgeräte sind heute, wie die Krise zeigt, wichtige Lernmittel und müssen im Rahmen der verfassungsmäßigen Lernmittelfreiheit zur Verfügung gestellt werden. Die Lernmittelverordnung muss entsprechend angepasst werden. Zur Finanzierung können Mittel aus dem DigitalPakt Schule verwendet werden. Es braucht außerdem einen flächendeckenden Breitbandausbau. Die Nutzung digitaler Lernmittel muss umfassend pädagogisch und mit einem Best-Practice-Austausch begleitet werden. Das setzt eine verbindliche medienpädagogische Aus- und Fortbildung für die Lehrkräfte voraus.

Spätestens jetzt ist klar: Der Lehrkräftemangel muss ein Ende haben!

Wir schließen uns der Forderung der Gewerkschaften an, dass deutlich mehr Lehrkräfte als Reserve eingeplant werden müssen. Angesichts der Corona-Pandemie sollte eine „Vertretungsreserve“ von 5 Prozent ab dem kommenden Schuljahr die Untergrenze sein. Pädagogische Assistenzkräfte wie zum Beispiel Lehramtsstudierende, müssen entsprechend dem Anteil an Lehrkräften eingesetzt werden, die Risikogruppen angehören. Eine angemessene Bezahlung setzen wir voraus. Anstelle von gegenseitiger Abwerbung zwischen den Bundesländern muss Baden-Württemberg den derzeitigen und zukünftigen Lehrerinnen und Lehrern gute Arbeitsbedingungen, eine gleiche Besoldung und unbefristete Beschäftigung ermöglichen. Da die Mehrheit der baden-württembergischen Lehrkräfte Frauen sind, ist dies auch eine Frage der Gender-Gerechtigkeit. In jeder Schularbeit sollen zusätzlich feste Schulsozialarbeiter*innen, Integrations- sowie Inklusionsfachkräfte bedarfsgerecht den Schulalltag unterstützen. Nutzen wir die Krise, um unser Bildungssystem digitaler, inklusiver und kreativer zu gestalten.

Diskussionsstand: 24. Juni 2020,
Verfasser*innen: LAG Bildung und Landesvorstand DIE LINKE BW

Gebührenfreie Kitas und Mehr Demokratie ermöglichen!

Sahra Mirow, Landessprecherin

Der Landesverfassungsgerichtshof hat das Volksbegehren auf gebührenfreie Kitas abgelehnt. Nach Ansicht des Gerichtshofs handelt es sich bei diesem Gesetzesentwurf de facto um ein Abgabengesetz. Diese Interpretation der Rechtslage macht es unmöglich, die Bevölkerung über die Gebührenfreiheit von Kitas abstimmen zu lassen. Dazu erklärt Sahra Mirow, Landessprecherin DIE LINKE Baden-Württemberg:

„Der heutige Gerichtsentscheid ist eine Folge dessen, dass die Landesregierung alles tut um gebührenfreie Kitas zu verhindern. Durch die Beschreitung des Rechtsweges hat sie nun per Richtsur-

teil einen Volksentscheid ausgebremsst. Andere Bundesländer sind hier wesentlich sozialer; sie suchen und finden Wege um gebührenfreie Kitas umzusetzen.

Das Urteil ist deswegen ausgesprochen bedauerlich. Wir respektieren die Entscheidung des Landesverfassungsgerichtshofs, haben aber politische deutliche Kritik. Für zukünftige direktdemokratische Entscheidungen hat das Gericht eine sehr hohe Hürde geschaffen. Wir fordern deswegen eine deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Volksgesetzgebung in Baden-Württemberg. Die breit angelegte Diskussion dazu sollte unmittelbar beginnen, denn der Nachholbedarf bei der direkten Demokratie in Baden-Würt-

temberg ist spätestens jetzt offensichtlich.

Für uns als LINKE ist klar, dass Kitas einen essentiellen Teil unserer Bildungslandschaft darstellen und damit Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sind. Niemand käme heute noch auf die Idee, Schulgeld zu verlangen und damit Kinder aus ärmeren Haushalten auszuschließen - warum also Kita-Gebühren? Es gibt eine gesellschaftliche Mehrheit für gebührenfreie Kitas. Wenn diese momentan nicht per Volksbegehren zum Zuge kommt, werden wir alles dafür tun, dass es zukünftig andere politische Mehrheiten im Landtag gibt. Wir bleiben dran. Der nächste Landtag darf gar nicht umhinkommen dieses Projekt endlich anzugehen!“

Wie geht es weiter in Kitas und Schulen?

Online-Diskussion mit der GEW, Stadtelternbeirat Kita und Gesamtelternbeirat Mannheim, Nalan Erol (Stadträtin DIE LINKE Mannheim) und Gökay Akbulut (MdB)

Die Schulen sollen nun sukzessive wieder geöffnet werden und auch für die Kitas gilt bald wieder ein eingeschränkter Regelbetrieb. Wie muss das aber konkret umgesetzt werden, damit die Öffnung sowohl für die Eltern als auch für die Beschäftigten planbar und sicher funktioniert? Gerade bei den Lehrkräften gehören ja viele zur Risikogruppe, auch hier muss der Gesundheitsschutz gewährleistet bleiben.

Sehr problematisch ist in diesem Zusammenhang deswegen auch die Absenkung des Mindestpersonalschlüssels um 20 Prozent in den Kitas. Dadurch können bestimmte Aspekte an den Kitas womöglich nicht mehr vollumfänglich geleistet werden. Kitas sind die ersten Bildungseinrichtungen, die unsere Kinder besuchen und dieser Bildungsanspruch darf nicht abgeschwächt werden. Diese Absenkung ist vor allem ja Ausdruck eines bestehenden Personal-

mangels. Hier hätte früher gegengesteuert werden müssen. Spätestens jetzt aber braucht es eigentlich mehr Personal, um die Beschäftigten aufzufangen, die Teil einer Risikogruppe sind.

Die jetzige Situation verschärft die bestehenden Ungleichheiten im Bildungssystem. In Haushalten mit niedrigen Einkommen ist womöglich gar kein Laptop oder Tablet vorhanden. Es wurde von engagierten Lehrer*innen berichtet, die mit dem Bollerwagen ausgestattet von Haus zu Haus zogen, um die Schüler*innen zu versorgen, die eben keine Vollausrüstung zu Hause hatten. Eine so beherzte Aktion verdient großen Respekt. Sie zeigt aber auch, wie unterschiedlich doch die Möglichkeiten und damit auch die Chancen im Bildungssystem verteilt sind. Das ist insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund ein Problem, denn sie erfahren verschiedene Benachteiligungen und leben auch deutlich öfter in Haushalten mit geringem Einkommen. Die Digitalisierung in Deutschland ein einziger Flickenteppich ist. Hier brauchen wir einen einheitlichen und verbindlichen Stan-

dard, mit dem die Lehrkräfte und auch die Schüler*innen operieren können. Als LINKE setzen wir uns deswegen für mehr Investitionen in die Bildung ein, damit niemand zurückbleibt!

Die Hardware bereitzustellen alleine reicht nicht aus, auch der Umgang ist entscheidend. Habe ich Erfahrung im methodischen Vorgehen; vielleicht Eltern, die technik- und bildungsaffin sind? Für viele Eltern war das Homeschooling eine neue Erfahrung und musste auch mit der eigenen Erwerbstätigkeit erst einmal unter einen Hut gebracht werden. Hier wäre mehr Unterstützung für die Eltern wünschenswert gewesen.

Klar ist aber auch, dass der digitale Austausch und das Homeschooling das soziale Miteinander und die Lehrer-Schüler Beziehung nicht ersetzen kann. Die Digitalisierung ist und bleibt letztendlich ein Hilfsmittel. Was wir daraus machen und ob wir alle Menschen an den neuen Möglichkeiten teilhaben lassen, das entscheiden wir als Gesellschaft.

Gökay Akbulut, MdB, Mannheim

Krankenhausschließungen in Baden-Württemberg

Entwurf der AG Krankenhausschließung für ein Positionspapier der LINKEN

Im Jahr 2018 gab es in Baden-Württemberg 213 Krankenhäuser als Einrichtungen der stationären Gesundheitsversorgung. Die Zahl der Krankenhäuser nimmt schon seit langem ständig ab. So gab es 1996 noch 299 Krankenhäuser, das waren damals 87 mehr als heute. Es ist politischer Wille im Land, die Zahl der Krankenhäuser weiter zu senken. Insbesondere kleinere und mittelgroße Krankenhäuser sind von Schließungen und Zusammenlegungen zu größeren Einheiten bedroht.

Wie steht DIE LINKE in Baden-

Württemberg zu Schließungen von Kliniken?

Verschiedene Formen von Schließungen sind zu unterscheiden:

- Krankenhausschließungen im ländlichen Raum
- Schließungen in großen Städten und Ballungsgebieten
- Schließungen oder wesentliche Verkleinerungen im Zusammenhang mit Umstrukturierungen
- Krankenhausschließungen bei privaten Klinikketten

Die LINKE will eine am gesundheitlichen Bedarf orientierte stationäre Gesundheitsversorgung. Gesundheit ist keine Ware, die an ökonomischen Kriterien

orientiert sein darf.

Sie muss folgende Kriterien erfüllen:

- Flächendeckende, wohnortnahe Versorgung
- Öffentliche, am Bedarf ausgerichtete Krankenhausplanung
- Öffentliche Trägerschaft und öffentliches Eigentum
- Keine Gewinnerzielung
- Qualitativ hochwertige Leistungen
- Bedarfsgerechte Personalausstattung
- Qualifiziertes, angemessen bezahltes Personal
- Bedarfsgerechte, an den tatsächlichen Kosten orientierte Finanzierung
- Effiziente und wirtschaftliche Leistungserbringung

Diese Ziele können in einem System unterschiedlicher Versorgungsstufen erreicht werden:

- Grund- und Regelversorgung
- Schwerpunktversorgung
- Maximalversorgung
- Spezialisierte Kliniken

Stehen im Rahmen von Trägerwechseln, Neuaufstellungen oder Umstrukturierungen Krankenhausschließungen an, gilt der Grundsatz: Im Rahmen des Bedarfs tätige Krankenhäuser dürfen nicht aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen werden. Arbeiten solche Krankenhäuser defizitär, egal wie ihre Finanzierung im Einzelnen aussieht, sind sie bei Klinikverbänden quer zu subventionieren. Sonst sind ihre Defizite von den Gebietskörperschaften, die den Sicherstellungsauftrag haben, zu tragen, solange eine auskömmliche Finanzierung über die völlig unzureichenden bestehenden Finanzierungsinstrumente nicht möglich ist. Zugleich ist politisch eine Veränderung der Finanzierung zu erreichen: Volle Investitionskostenfinanzierung durch die Bundesländer kostendeckende Betriebskostenfinanzierung durch die Krankenkassenversicherung.

Dieser Grundsatz heißt aber auch, dass DIE LINKE nicht für den Erhalt jedes Krankenhauses eintritt. Wenn es andere als ökonomische Gründe gibt, die für eine Schließung und/oder Umstrukturierung sprechen, kann dies sinnvoll sein, wenn sich damit die Versorgungsqualität verbessert.

Solche Gründe können sein:

- Medizinischer Fortschritt, veränderte Versorgungsabläufe
- Interdisziplinäre Teambildungen („Zentren“)
- Veränderungen des Verhältnisses ‚ambulant/stationär‘
- Dauerhaft niedrige Belegung (Abstimmung mit den Füßen)
- Nichteinhaltung von Mindestmengen
- Fehlen oder Nichterreichbarkeit von medizinischen Fachdiensten (Labor, Apotheke, Radiologie, Physiotherapie usw.)

Die abzulehnende Ökonomisierung des Gesundheitswesens heißt nicht, dass es egal ist, wie wirtschaftlich Krankenhäuser als Dienstleister arbeiten. Effektive Arbeitsabläufe, sparsamer Ressourceneinsatz, betriebswirtschaftliche Kostenkontrolle sind wichtig. Bei den Betriebsausgaben der Krankenhäuser handelt es sich um den Einsatz von Versicherungsgeldern der abhängig Beschäftigten.

Schließung kleinerer Kliniken auf dem Lande

Auch in Baden-Württemberg gibt es viele kleine Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung. Unter dem DRG-System haben diese Krankenhäuser - anders als kleine Spezialkrankenhäuser - ein finanzielles Problem. Sie haben hohe Vorhaltekosten und wenige ‚ertragrei-



che‘ Wahlbehandlungen. So schreiben sie rote Zahlen, in Baden-Württemberg sind 50% der Krankenhäuser defizitär. Die Träger wollen diese Defizite loswerden, oft durch Privatisierung, am Ende auch durch Schließungen.

Kleine Krankenhäuser haben aber den Nachteil geringer Fallzahlen in den jeweils angebotenen Fachdisziplinen. Die Zahl der jeweiligen Eingriffe hat wesentlichen Einfluss auf die Behandlungs- und Versorgungsqualität. Auch die technische Ausstattung ist in größeren Kliniken in der Regel besser.

Andererseits gewährleisten die vielen kleinen Krankenhäuser auf dem Lande eine Flächendeckung und eine wohnortnahe Versorgung. Dies ist ein großer Vorteil für Ältere, Gebrechliche, Familien mit Kindern und bei beiden Elternteilen in Arbeit.

Insbesondere für chronisch Kranke sind kleine Krankenhäuser auf dem Land oft unverzichtbar: Die Ärztedichte ist dort häufig gering, Krankenhäuser können dann auch eine ambulante medizinische Versorgung übernehmen. Zwischen wohnortnaher Versorgung und Größe der Krankenhäuser, zwischen Flächendeckung und Qualität kann es einen Widerspruch geben, der sich nicht über die Alternative Erhalt oder Schließung auflösen lässt. Es muss also nach anderen Lösungen gesucht werden:

- Keine weiteren Bettenschließungen. Sie führen nur zu weiterer Verweildauerverkürzung und damit zu frühen Entlassungen.
- Landkreisübergreifende, regionale Versorgungsstrukturen: Das kann auch zu veränderten Standorten und Schwerpunkten führen. Hierbei sind die tatsächlichen Wegezeiten zur Erreichung eines Krankenhauses, die Hilfsfristen der Notfallversorgung und die Aufrechterhaltung einer Grundversorgung vor Ort einzubeziehen.

Es gilt also:

- Ohne adäquate Alternative zur Versorgung keine Schließung einer Klinik.
- Wenn ein Krankenhaus bedarfsnot-

wendig ist, aber nicht wirtschaftlich betrieben werden kann, muss es trotzdem erhalten und finanziert werden.

Bei Krankenhausschließungen auf dem Land ist die Frage der Alternativen besonders wichtig. Dazu braucht es:

- Mehr Standorte für Notfallrettung in der Fläche
- Mehr Notarztteams
- Primärversorgungszentren vor Ort mit Überwachungsbetten (Portalkliniken)
- Telemedizin
- Ambulante Notfallversorgung vor Ort
- Shuttleservice für Angehörige zu ihren Patienten zum weiter entfernt liegenden Krankenhaus
- Eine funktionierende medizinische Versorgung durch niedergelassene Ärzte

Schließung von Krankenhäusern bei Umstrukturierungen

Häufig werden mehrere Krankenhäuser zu Klinikverbänden zusammengefasst bei gleichzeitiger Reduzierung der Gesamtzahl der Betten, Schließung von ‚unrentablen‘ Kliniken und Neubau von Zentralkliniken als Ersatz mehrerer bisherigen Krankenhäuser.

Das ist für die Träger besonders interessant, weil dabei bei Investitionen neben den Landesmitteln zusätzlich auch auf die Gelder aus dem Strukturfonds des Bundes zurückgegriffen werden kann.

Solche Klinikverbände können im Einzelfall sinnvoll sein, wenn durch Spezialisierungen eine größere Behandlungsqualität erreicht werden kann. Auch hier kommt es auf stimmige Medizinkonzepte an.

Es kann jedoch nicht darum gehen, aus Kostengründen Standorte zu schließen und in einer neuen ‚Gigantonomie‘ riesige Zentralkliniken aus dem Boden zu stampfen.

Auch bei den Klinikverbänden kommt es auf Flächendeckung und Wohnortnähe an. Eine gute Anbindung an den ÖPNV ist unabdingbar. Großkrankenhäuser auf der grünen Wiese ähneln eher Gesundheitsfabriken statt einer sozialräumlich integrierter Gesundheitsversorgung.

Günter Busch

„Sichere Häfen“ für Geflüchtete – Bleiberecht statt Duldung durchsetzen

Wir wollen, dass Menschen, die vor Krieg, Hunger und Not fliehen, humanitäre Aufnahme in unserem Land finden und ein unabhängiges diskriminierungsfreies Leben führen können.

Flucht ist Folge von Krieg und bewaffneten Konflikten, politischer, rassistischer, religiöser und sexueller Verfolgung, Umweltzerstörung sowie Armut, Not und Ausgrenzung. Die Industriestaaten, auch Deutschland und die EU, tragen hierfür maßgeblich Mitverantwortung. Durch die Ausbeutung von Ressourcen werden wirtschaftliche und soziale Grundlagen in den Entwicklungs- und Schwellenländern systematisch zerstört und diese destabilisiert. Wir setzen uns für die Bekämpfung von Fluchtursachen ein: durch eine solidarische Wirtschafts- und Handelspolitik, den Stopp aller Waffenexporte, das Beenden der Auslandseinsätze der Bundeswehr und die konsequente Förderung von Frieden. Solange Fluchtursachen bestehen, sind wir verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen und uns für ihre gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einzusetzen.

Die LAG Migration-Antirassismus

schlägt kommunale Initiativen zum Bleiberecht geduldeter Geflüchteter vor, u.a. in den Kommunen und Landkreisen, die sich zu „sicheren Häfen“ erklärt haben. Seit 2017 gibt es in Baden-Württemberg die gesetzliche Bleiberechtsregelung. Über das Bleiberecht geduldeter Geflüchteter können die örtlichen Ausländerbehörden entscheiden. **Warum „sicherer Hafen“ für Geflüchtete, die in Baden-Württemberg sind?**

Die Aufnahme von Kontingenten Geflüchteter ist in erster Linie Bundes- und dann Ländersache. Als Beispiel sei nur die beschämende Anzahl von 55 in Deutschland aufgenommenen unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen aus den griechischen Lagern genannt. Von den im Mittelmeer Geretteten kommen in der Regel kaum ein Geflüchteter in unsere „sicheren Häfen“. Wir schlagen deshalb vor, diese wichtige Initiative auf Geflüchtete auszuweiten, die schon hier leben, um einen Weg aus der Spirale Duldung und dann möglicher Abschiebung zu erreichen.

Eine Mehrheit der in den letzten Jahren abgeschobenen Geflüchteten lebte schon 2015 und früher in Baden-Württemberg. Die meisten von ihnen

kamen aus den sogenannten „sicheren Herkunftsländern“ wie den Balkanstaaten, Georgien und Afghanistan. 2019 schob die grün-schwarze Landesregierung 2648 Menschen ab (2018 waren es 3018) und wurde ihrem Ruf als „Musterländle für Abschiebungen“ mehr als gerecht. Im ersten Halbjahr 2020 wurden „nur“ 655 Personen aus Baden-Württemberg abgeschoben, trotz Corona-Krise. Es ist zu erwarten, dass die Abschiebungen im zweiten Halbjahr nach oben schnellen. Wir wollen die Streichung der Einstufung geflüchteter Menschen in sogenannten „sichere Herkunftsländer“, für die sich die grün-schwarze Landesregierung unter Ministerpräsident Kretschmann und Innenminister Strobl vehement einsetzen.

Zur Anwendung der gesetzlichen Bleiberechtsregelung für geduldete Geflüchtete gehört auch die Umsetzung proaktiver Beratung durch die Behörden und die Förderung von unabhängigen Beratungsstellen.

Rudolf Bürgel, Karlsruhe

Weitere Informationen zu diesem Thema unter: <https://fluechtlingsrat-bw.de/abschiebungen-abschiebehaft.html>

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

«SPURWECHSEL»! GERECHTE MOBILITÄT UND ALTERNATIVE PRODUKTION

Veranstaltungsreihe zu gerechter Mobilität und alternativer Produktion

Wie sieht gerechte Mobilität für alle mit weniger Verkehr aus? Welche Projekte und Ansätze einer öffentlichen und nachhaltigen Mobilität gibt es? Wie lassen sich gerechte Übergänge gestalten – auch für Beschäftigte der Autoindustrie? Wie lassen sich Mehrheiten dafür gewinnen? Zum Teil Online, zum Teil vor Ort in Stuttgart.

Auftakt am 2. Oktober: «Linker Green New Deal für die Mobilitätswende» - u.a. mit Bernd Rießinger

Alle Infos hier: rosalux.de/news/id/42673

INITIATIVEN UND PROJEKTE FÜR EINE SOZIALE WOHN(BAU)POLITIK VOR ORT

Wochenendexkursion am 24./25. Oktober nach Tübingen für Kommunalpolitiker*innen, kommunalpolitisch Interessierte und Aktive in Mieterbündnissen in Baden-Württemberg

Eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und menschengerechte Wohnungs- und Städtebaupolitik ist eine der größten Herausforderungen für linke Kommunalpolitik heute. Daher möchten wir linke Kommunalpolitiker*innen, kommunalpolitisch Aktive und Interessierte sowie Aktive in Mieterinitiativen, Wohnraumbündnissen etc. nach Tübingen einladen, um uns vor dem Hintergrund der Erfahrungen und aktueller Entwicklungen in Tübingen untereinander auszutauschen und voneinander zu lernen. Wir wollen uns dabei ein möglichst vielfältiges Bild von der Situation in Tübingen machen, Erfahrungen aus anderen Städten einbeziehen sowie allgemeine Entwicklungen beleuchten, die für steigende Miet- und Wohnungspreise verantwortlich sind. Dazu wollen wir mit Vertreter*innen der Tübinger Stadtverwaltung, mit Vertreter*innen aus Wohnprojekten und –initiativen, mit einem gemeinwohlorientierten Wohnbauunternehmer sowie mit Aktiven des Stuttgarter Mietentscheids und von Mieter*inneninitiativen sprechen.

Infos und Anmeldung hier: bw.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/5DDOX

Vorankündigung: BILDUNGSREISE NACH MOSKAU VOM 2.-9. MAI 2021

Infos und Anmeldung demnächst auf: www.rls-bw.de

Infos und Kontakt: www.rls-bw.de | mail: bawue@rosalux.org | Tel. 0711 99 79 70 90

V.i.S.d.P.: Rosa Luxemburg Stiftung Baden-Württemberg, Ludwigstr. 73A, 70176 Stuttgart

Polizeiaktion in Abgeordnetenbüro war verfassungswidrig

Michel Brandt (MdB) bekommt Recht vor dem Verfassungsgericht

Im September 2018 verschaffte sich die Polizei des Bundestages Zugang zum Büro des Karlsruher Bundestagsabgeordneten Michel Brandt, um mehrere auf DIN A3-Blätter gedruckte Kurdistan- und YPG-Fahnen abzuhängen. Michel sah sich durch die Aktion in seinen Abgeordnetenrechten beschnitten und reichte eine Organklage vor dem Bundesverfassungsgericht ein. Am 30. Juni 2020 wurde das Urteil verkündet: Die Polizei hat verfassungswidrig gehandelt und Michel in seinen Rechten verletzt.

Hintergrund war der Besuch des türkischen Präsidenten Erdogans in Berlin. Das Büro von Michel befindet sich an der Zufahrt zum Hotel Adlon, in welchem Erdogan übernachtete. Michel nutzte diesen Umstand, um Solidarität mit den Kurdinnen und Kurden zu zeigen, indem er die Abbildungen der Kurdistan- und YPG-Fahnen in das Fenster hängte. Die Polizei sah offenbar ihre Aufgabe darin, der Türkei ein protestfreies Bild zu liefern. Besonders bizarr: Als die Polizei in das Abgeordnetenbüro eindrang war Erdogan schon nicht mehr in der Stadt.

Ziel der Organklage war es klarzustellen, dass die Abgeordneten in ihren Büroräumen das Hausrecht haben und es ihnen möglich sein muss, ihre Arbeit unbeeinträchtigt durch Dritte auszuüben. Vor dem Hintergrund der Debatte um rechte Netzwerke innerhalb der Polizei ist dieser Sachverhalt für die Linksfraktion von besonderer Bedeutung. Das Urteil stärkt die Rechte aller Abgeordneten und zeigt der Polizei des Bundestages ihre Grenzen auf. Auch das Hofieren von Kriegstreibern rechtfertigt keinen Eingriff in Abgeordnetenrechte. (...)

Verfahren gegen Mitarbeiter des stellvertretenden Parteivorsitzenden, Tobias Pflüger (MdB), wird eingestellt

Am 02. Juli wurde ein Wohnprojekt in Tübingen von der Polizei durchsucht. Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Tobias Pflüger wurde vorübergehend festgenommen und umfangreiches Material wurde mitgenommen. Der Vorwurf gegen ihn lautete Landfriedensbruch. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart, kündigte inzwischen an, das Verfahren einzustellen, stellt nun aber dafür Bedingungen, wie die Rücknahme der Beschwerden gegen die wohl rechtswidrige Razzia.

Dazu Tobias Pflüger: „Es ist richtig und überfällig, dass angekündigt wurde, das Ermittlungsverfahren gegen meinen Mitarbeiter jetzt endlich einzustellen. Offensichtlich haben die Ermittlungsbehörden realisiert, dass der Vorwurf keinerlei Substanz hatte. Mein Mitarbeiter war an dem fraglichen Tag nicht am Tatort. Dass es geschlagene 12 Tage dauerte, bis die

Staatsanwaltschaft dies berücksichtigte, ist inakzeptabel. Die Frage bleibt, warum und auf welcher Grundlage die Durchsuchung im Wohnprojekt Ludwigstrasse 15 in Tübingen überhaupt stattfinden konnte. Mich erinnert das an den Satz des Polizeichefs aus dem Film Casablanca: „Verhaften Sie die üblichen Verdächtigen.“

Die Sicherheitsbehörden müssen nun erklären, auf welcher Grundlage überhaupt gegen meinen Mitarbeiter ermittelt wurde. Wer hat den Durchsuchungsbeschluss beantragt? Dass der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl eine offensichtliche Linken-Phobie hat und Linke gerne ohne Substanz für so manches verantwortlich macht, ist einschlägig bekannt. Ist dieser Fall ein (weiterer) Hinweis, dass diese Linken-Phobie des Innenministers auch Leitschnur war und ist für Stuttgarter Ermittlungsbehörden?

Die beschlagnahmten Materialien und Geräte müssen umgehend zurückgegeben und die DNA-Probe und Fingerabdrücke meines Mitarbeiters gelöscht werden. Notwendig ist eine Entschuldigung für die Razzia bei meinem Mitarbeiter, bei dem bei der Durchsuchung in Mitleidenschaft gezogenen Hausprojekt Lu15 in Tübingen und bei mir. Notwendig sind ebenfalls Entschuldigungen. Ich behalte mir außerdem weitere rechtliche Schritte vor.

Mit ihrem Vorgehen hat die Staatsanwaltschaft massiven Schaden ange richtet. Die Ermittlungen haben zu einer Welle rechter, rechtsextremer und neonazistischer Schmähungen, Diffamierungen und Drohungen - darunter beispielsweise der AfD Hessen und der AfD Stuttgart - in den Sozialen Medien geführt, gegen die wir Stück für Stück nun erfolgreich rechtlich vorgehen.“

NSU 2.0 Gefahr von Rechts ernst nehmen Solidarität mit Gökay Akbulut

Auch die baden-württembergische Bundestagsabgeordnete Gökay Akbulut erhielt einen infamen Drohbrief mit dem Absender NSU 2.0.

Der geschäftsführende Vorstand des Landesverbands der LINKEN in Baden-Württemberg erklärt sich solidarisch mit Frau Akbulut.

„Wir sind entsetzt und erschüttert über die Drohmails mit dem Absender NSU 2.0, die an Gökay Akbulut und weitere Genossinnen der LINKEN sowie andere Persönlichkeiten versandt wurden. Wir werden uns von rechten Gewalttätern nicht einschüchtern lassen und müssen gemeinsam und solidarisch gegen rechte Gewalt stehen.

Der Angriff auf Gökay Akbulut ist ein Angriff auf unsere gesamte Partei und auf unsere politischen Werte. Viel zu lange wurde der rechte Terror von den deutschen Behörden verharmlost.

Die Mordserie des NSU, die Ermordung von Walter Lübcke, das Attentate in Hanau und Halle, die Gewalttaten gegen Ausländer*innen und Migrant*innen, die Gefährlichkeit der deutschen Neonaziszene, all das darf niemand egal sein und es darf so nicht weitergehen.

Wir werden als Landesverband DIE LINKE in Baden-Württemberg den notwendigen Kampf gegen rechts und für

einen unterschiedenen Antifaschismus noch weiter verstärken. Von der baden-württembergischen Landesregierung fordern wir, rechte Netz-

werke in der Gesellschaft aber auch in der Polizei endlich aufzudecken und gegen rechten Terror konsequent vorzugehen.

Die Serie von Anschlägen und Bedrohungen der letzten Zeit verdeutlichen, dass die Gefahr von Rechts ernster genommen werden muss, als dies bislang der Fall ist.“

Sahra Mirow, Landessprecherin der baden-württembergischen Linkspartei



fordert: „Bundes- und Landesregierung müssen endlich konsequent gegen rechte Gewalt und rechten Terror vorgehen. Wir stehen solidarisch an der Seite der Opfer.“

Randale Jugendlicher in Stuttgart – Die AfD hetzt gegen Migrant*innen

Die AfD hatte im Bundestag eine Aktuelle Stunde unter dem Thema „Lehren aus den Gewaltexzessen in Stuttgart – Für eine Wende der Migrations- und Sicherheitspolitik“ beantragt. Die fand am Freitag 3.7.2020, dem letzten Sitzungstag vor der Sommerpause statt. Anlass waren die Ausschreitungen in Stuttgart in der Nacht vom 20./21. Juni 2020.

Worum es der AfD aber tatsächlich geht, zeigte nicht nur der Titel der Fragestunde sondern auch gleich der Einleitungsbeitrag von Alice Weidel (AfD) „...Das Problem heißt nicht Rassismus. Das Problem heißt Staatsversagen“, so Weidel. Und worin besteht für die AfD das „Staatsversagen“? In der Zulassung von Einwanderung und in zu wenig Repression gegen migrantische Jugendliche und gegen Linke. Die Täter seien „...aggressive junge Männer mit Migrationshintergrund und organisierte, gewaltbereite Linksextremisten.“ Eine „unkontrollierte Einwanderung“ habe zu einem „kritischen Potential“ an „jungen Männern vornehmlich aus dem islamisch-

Antifaschismus ist Bürgerpflicht.“

Dirk Spöri, Landessprecher DIE LINKE Baden-Württemberg ergänzt: „Vor dem Hintergrund der erneuten Bedro-

orientalischen Kulturkreis“ geführt. In direkter Auseinandersetzung mit der AfD und unter Protestrufen aus deren Reihen, bezog Gökay Akbulut, Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus Baden-Württemberg und Migrations- und Integrationspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, Stellung gegen die AfD. (<https://goekay-akbulut.de/berlin/reden/>). Der AfD geht es nicht um die Lösung von Problemen und nicht um die Verbesserung der Lage der Menschen sondern einzig und allein um rassistische Hetze. Sie solle sich besser zu „Rassistische Alternative“ umbenennen. Sie instrumentalisiert Menschengruppen für ihre Zwecke der Spaltung der Gesellschaft. Etwa die Hälfte der in Stuttgart nach den Ausschreitungen Festgenommenen seien nach Staatsangehörigkeit Deutsche. Bei einem Anteil von ca. 45% der Menschen in Stuttgart mit migrantischer Herkunft sind die Auslösenden der Aktionen also in etwa dem gesellschaftlichen Durchschnitt entsprechend gemischte Jugendgruppen. Gökay Akbulut forderte umfassende Aufklärung

der sozialen und politischen Ursachen der Konflikte. Nicht mehr Polizei und mehr Repression sind die Lösung sondern niederschwellige, präventive Maßnahmen der Beratung und Konfliktlösung in der Stadt, wie das frühere Streetworker-Programm von Stuttgart, das 2012 aus Kostengründen gestrichen wurde.

Bei der AfD überrascht es nicht, wenn sie gezielte Hetze auf Basis von Falschinformationen betreibt. Wenn aber Sckerl, immerhin parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen im Landtag, Migration als Ursache für diese Vorfälle ausmacht, dann ist das beschämend. Dazu Gökay Akbulut in einer Presseerklärung zu Sckerl: „Warum randalieren junge Menschen? Solche Ausschreitungen haben in der Regel soziale Ursachen und ähnliche Vorfälle gab es in anderen Ländern wie Frankreich und England bereits öfter. Prekarisierung, Perspektivlosigkeit und fehlende soziale Sicherheit standen dabei oft im Mittelpunkt.“
Gökay Akbulut (MdB) und LAG „Migration / Antirassismus“

Abzug aller US-Truppen aus Deutschland wäre ein Beitrag zum Frieden

Ministerpräsident Winfried Kretschmann tat sich mit seinen drei Amtskollegen aus Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz zusammen und an US-Senatoren gewandt, um einen Teilabzug der US-Truppen zu verhindern. Die linken Abgeordneten Heike Hänsel und Tobias Pflüger hatten Kretschmann deshalb kritisiert.

„Die Fraktion DIE LINKE begrüßt den Abzug von ca. 12 000 US-Soldaten aus Deutschland und die Verlegung der US-Kommandozentrale EUCOM aus Stuttgart“, erklärte Heike Hänsel, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Hänsel weiter:

„Seit langem fordern wir den kompletten Abzug der US-Truppen aus Europa und die Schließung sämtlicher US-Kommandozentralen, dazu gehört auch das US-AFRICOM in Stuttgart. Diese Infrastruktur des Krieges und der völkerrechtswidrigen Drohneinsätze muss durch eine Infrastruktur des Friedens mit dem Aufbau einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa ersetzt werden. Die dauerhafte Verlegung von US-Truppen nach Osteuropa muss verhindert werden, sie würde der NATO-Russland-Akte widersprechen und wäre eine Provokation gegenüber Russland. Die Bundesregierung muss die vom Abzug betroffenen Regionen jetzt schnell mit einem zivilen Aufbaufonds unterstützen, um den Wegfall von Steuereinnahmen zu kompensieren und alternative Arbeitsplätze zu schaffen.“

Geplanter US-Truppenabzug reicht nicht aus

Auch Tobias Pflüger, stellvertretender Parteivorsitzender der Partei DIE LINKE und verteidigungspolitischer Sprecher der Bundestags-

fraktion begrüßt den Teilabzug der US-Streitkräfte: „Über die US-Stützpunkte in Deutschland werden Kriege in aller Welt geführt, darunter auch völkerrechtswidrige Drohnenangriffe. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, wenn die US-Militärpräsenz um ein Drittel reduziert wird. Der geplante Abzug von fast 12.000 Soldatinnen und Soldaten aus Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, sollte er denn kommen, reicht allerdings bei weitem nicht aus: Jetzt ist es an der Zeit, auch die US-Atomwaffen aus Büchel abzuziehen. Die nukleare Teilhabe ist überholt und wird nach einer aktuellen Studie mindestens zusätzliche 7,7 Milliarden Euro kosten, weil die Tornado-Flugzeuge ersetzt werden müssen. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer sollte jetzt endlich eine Kehrtwende machen: Deutschland muss sich aus der nuklearen Teilhabe verabschieden. Ich bedauere zudem sehr, dass nicht mehr Truppenstandorte in Baden-Württemberg geschlossen werden. Dort steht mit dem AFRICOM eine US-Kommandozentrale, die eine wichtige Rolle in den völkerrechtswidrigen Drohnenkriegen spielt. Die Bevölkerung hat keine Vorteile durch solche Militärstützpunkte, im Gegenteil. Die US-Truppen sollten vollständig aus Baden-Württemberg abgezogen werden. DIE LINKE setzt sich für den Abzug aller US-Truppen und Militäreinrichtungen ein.“



Heike Hänsel bei Protesten gegen die Stützpunkte AFRICOM und EUCOM

DIE LINKE.

BADEN - W Ü R T T E M B E R G

Geschäftsstelle

Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE Baden-Württemberg
Landesgeschäftsführerin:
Claudia Haydt,
Falkertstraße 58,
70176 Stuttgart
Tel.: 0711-241045
Fax: 0711-241046*
info@die-linke-bw.de
www.die-linke-bw.de

Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Falkertstraße 58 70176 Stuttgart.

Geschäftsführender Landesvorstand *

Adresse:
Falkertstraße 58, 70176 Stuttgart
Mails an: info@die-linke-bw.de
Sahra Mirow (Landessprecherin):
sahra.mirow@die-linke-bw.de
Dirk Spöri (Landessprecher):
dirk.spoeri@die-linke-bw.de
Heidi Scharf (stellv. Landessprecherin):
Heidi.Scharf@die-linke-bw.de
Elwis Capece (stellv. Landessprecher)
Kathleen Kamprath (Landesschatzmeisterin)
Bernhard Strasdeit:
strasdeit@die-linke-bw.de

Landesschiedskommission

Landesschiedskommission
DIE LINKE, Falkertstraße
58 70176 Stuttgart

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg
IBAN:
DE58 6001 0070 0289
5827 00, BIC: PBNKDEFF
BLZ: 60010070,
Konto 289582700

Kreisverbände

Baden-Baden/Rastatt

Norbert Masson,
76477 Elches-

heim-Illingen, 07245/6051
Mail: norbert.masson@web.de, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

Biberach

Ralph Heidenreich, Blumenstr. 7, 88400 Biberach, 0157- 71189977, info@die-linkebiberach.de

Bodensee

DIE LINKE. KV Bodensee, Wilhelmstr. 31, 88045 Friedrichshafen, Telefon: 07541 - 39079 48, inge.jakowlew@dielinkebodensee.de

Böblingen

Reinhard Stübner, Bachstr. 8, 71063 Sindelfingen, 0152-28871674, info@linke-bb.de, www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

siehe auch Regionalbüro Freiburg, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

Calw

kontakt@die-linke-calw.de

Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel.: 07681-23143, Mail: akauz@t-online.de, Website: www.die-linke-emmendingen.de

Esslingen

Michael Hsu, 0176/40518877, michael.hsu93@gmail.com www.die-linke-esslingen.de

Freiburg

Kreisgeschäftsstelle, Karlstr. 10, 79098 Freiburg, Tel: 0761-29 2807 30, info@dielinkefreiburg.de, www.die-linke-freiburg.de

Freudenstadt

Über Landesgeschäftsstelle

Göppingen

Thomas Edtmaier, 73033 Göppingen Mail: t.edtmaier@dielinke-göppingen.de

de

Heidelberg / Badische Bergstraße

Kreisgeschäftsstelle
Theodor-Körner-Str. 7,
69115 Heidelberg kreisvorstand@dielinke-kvheidelberg.de
www.die-linke-hd.de

Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: libertaerlinks@t-online.de

Heilbronn

Florian Vollert, Amselweg 7, 74189 Weinsberg, 0176-23787711, florian.vollert@dielinke-heilbronn.de

Hohenlohe / Schwäbisch-Hall

Regionalbüro DIE LINKE. Lange Straße 36, 74523 Schwäbisch Hall / buero@die-linke-sha.de

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-kn@gmx.de

Kraichgau-Neckar-Odenwald

Anja Lorenz, liesl@gmx.li, www.die-linke-kno.de

Lörrach

Manfred Jannikoy, Schwarzwaldstraße 21, 79539 Lörrach, Mail: kreisvorstand@dielinke-loerrach.de; Net: www.dielinkeloerrach.de

Ludwigsburg

Sebastian Lucke, Mobil: 0175 564 99 35, Mail: sebastian.lucke@hotmail.de; Web: http://www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@tonline.de

Mannheim

DIE LINKE. Mannheim, T6, 37 68161 Mannheim Tel.:

0621/1227218 E-Mail: info@dielinke-ma.de
www.dielinke-ma.de

Ortenau

über die Landesgeschäftsstelle:
info@die-linke-bw.de

Ostalb

info@dielinke-ostalb.de

Pforzheim

www.die-linke-pforzheim.de

Ravensburg

info@die-linke-ravensburg.de

Rems-Murr

Stephan Kober, stepahn.kober@die-linke-remsmurr.eu
Net: http://linke-bw.de/kv-remsmurr/

Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

Rhein-Hardt

Heinrich Stürtz, Tel. 06221/3288823, h.l.stuertz@gmx.net, www.die-linke-rheinhardt.de

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Mail: vorstand@die-linke-schwarzwald.de, net: auch über WKB-Heike Hänsel

Sigmaringen

Über Landesgeschäftsstelle

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Falkertstraße 58, 70176 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Die Linke KV Tübingen, Pflughofstraße 8, 72070 Tübingen, Tel.: 07071-208811. Info@dielinke-tuebingen.de. www.dielinke-tuebingen.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Keltergasse 3, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-
ulm@dielinke-bw.de

Waldshut

Angelo de Rosa, angelo-
derosa2066.adr@gmx.de,
Tel. 0179 920 9419

Zollernalb

Andreas Hauser,
Meßstetten, mo-
bil: 0152/56602713
Mail: A.u.T.Hauser@t-
online.de

Zusammenschlüsse

LAG Antikapitalisti- sche Linke

AKL, Werner Ott, w.ott@
dielinke-stuttgart.de

LAG Antifa

Dagmar Uhlig, 0711-
72236848, d.uhligdie-lin-
ke-stuttgart.de, Reinhard
Neudorfer, 07151-54806,
ckramerneudorfer@on-
linehome.de,

LAG Betrieb und Gewerkschaft

Stefan Dreher, 0162-
2352964, mail@stefandre-
her.de

LAG Bildung

Daniela Grondey, daniela.
grondey@web.de, Anil
Besli, anil.besli@web.de

LAG Bürgerrechte und Demokratie

Dr. Edgar Wunder, 0151-
22671258, mail@edgar-
wunder.de

LAG Emanzipatorische Linke

Peter Laskowski,
k_peter_l@web.de

LAG Forum Demokratischer Sozialismus

Sebastian Lucke,
sebastian_lucke@gmx.de

LAG Frieden

Thomas Haschke, 0711-
81477965, thomas.hasch-
ke@gmx.de

LAG Frauen

Sahra Mirow, sahra.mi-
row@die-linke-bw.de

LAG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuch-

mann, 0761-7048154, lo-
thar_schuchmann@gmx.
de

LAG Grundeinkom- men

Eva-Maria Glathe-Braun,
evamaria_glathe@gmx.de

LAG Hartz 4

Jürgen Steinhof,
0171/1949775, stein-
hof55@hotmail.com

LAG Kommunistische Plattform

Reiner Hofmann, reiner_
hofmann@t-online.de

LAG Migration/Rassis- mus

Rudolf Bürgel, rudolf.bu-
ergel@dielinke-ka.de

LAG Ökologische Plattform

Wolfgang Kämmerer,
mail@wolfgangkaemme-
rer.de

LAG Queer

Matthias Ehm, lag-
queer@dielinke-bw.de

LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Werner Zieger, zieger-
mdw@t-online.de,
0152/27383952

Hochschulgruppen

DIE LINKE.SDS Freiburg:
jt.meier@gmx.de • Hei-
delberg: www.sds-hei-
delberg.de • Karlsruhe:
die-linke@usta.de • Lud-
wigsburg: urdenc@gmail.
com • Mannheim: sds@
dielinke-ma.de • Tübin-
gen: www.solid-sds.de

Linksjugend [‘solid’]

Linksjugend [‘solid’] Lan-
desgeschäftsstelle, Schüt-
zenstr. 46, 76137 Karlsru-
he, Tel: 0721-35489341,
info@solid-bw.de, www.
solid-bw.de

Bundestagsabge- ordnete

Regionalbüro

Ostwürttemberg

Gartenstr. 74, 73431 Aa-
len

Wahlkreisbüro GöKay Akbulut

Wahlkreisbüro GöKay

Akbulut MdB, T6 37,
68161 Mannheim, Sahra
Mirow (0621-12508777,
goekay.akbulut.ma02@
bundestag.de, Elli Brink-
schulte (0621-12508899,
goekay.akbulut.ma03@
bundestag.de, Fax: 0621-
15826688)

Wahlkreisbüro Michel Brandt

Wahlkreisbüro Michel
Brandt MdB, Schützen-
str. 46, 76137 Karlsruhe,
Anete Wellhöfer 0721-
3548575, michel.brandt.
wk@bundestag.de;
Jonas Fehrenbach 0176
99580862, michel.brandt.
ma04@bundestag.de;
Fax: 0721-35489396;
www.michelbrandt.de

Regionalbüro Pforzheim

Kronprinzenstr. 46,
75177 Pforzheim,
015736819385,
michel.brandt.ma07@
bundestag.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum,
Pfleghofstraße 8, 72070
Tübingen, Tel. 07071-
208810, Fax: 07071-
208812, heike.haensel@
wk.bundestag.de, www.
heikehaensel.de

Regionalbüro Ost- Württemberg

Keltergasse 3, 89077 Ulm.
Tel.: 0731-3988823, Fax
0731-3988824, ulm@hei-
kehaensel.de

Wahlkreisbüro Tobias Pflüger

Wahlkreisbüro Tobias
Pflüger MdB, Karlstraße
10, 79104 Freiburg, Tel:
0761-29280730, Fax: 0761-
29280733, Helena Pan-
telidis, tobias.pflueger.
ma05@bundestag.de

Bürger*innenbüro Tobias Pflüger MdB

Wilhelmstr. 31, 88045
Friedrichshafen, 07541-
3907948, inge.jakow-
lew@dielinke-bodensee.
de

Wahlkreisbüro Bernd Riexinger

Wahlkreisbüro Bernd Rie-
xinger, MdB, Falkertstra-
ße 58, 70176 Stuttgart,
0711-91225758, Dagmar
Uhlig, bernd.riexinger.
ma04@bundestag.de,
Walter Kubach, bernd.
riexinger.ma01@bundes-
tag.de

Wahlkreisbüro Jessica Tatti

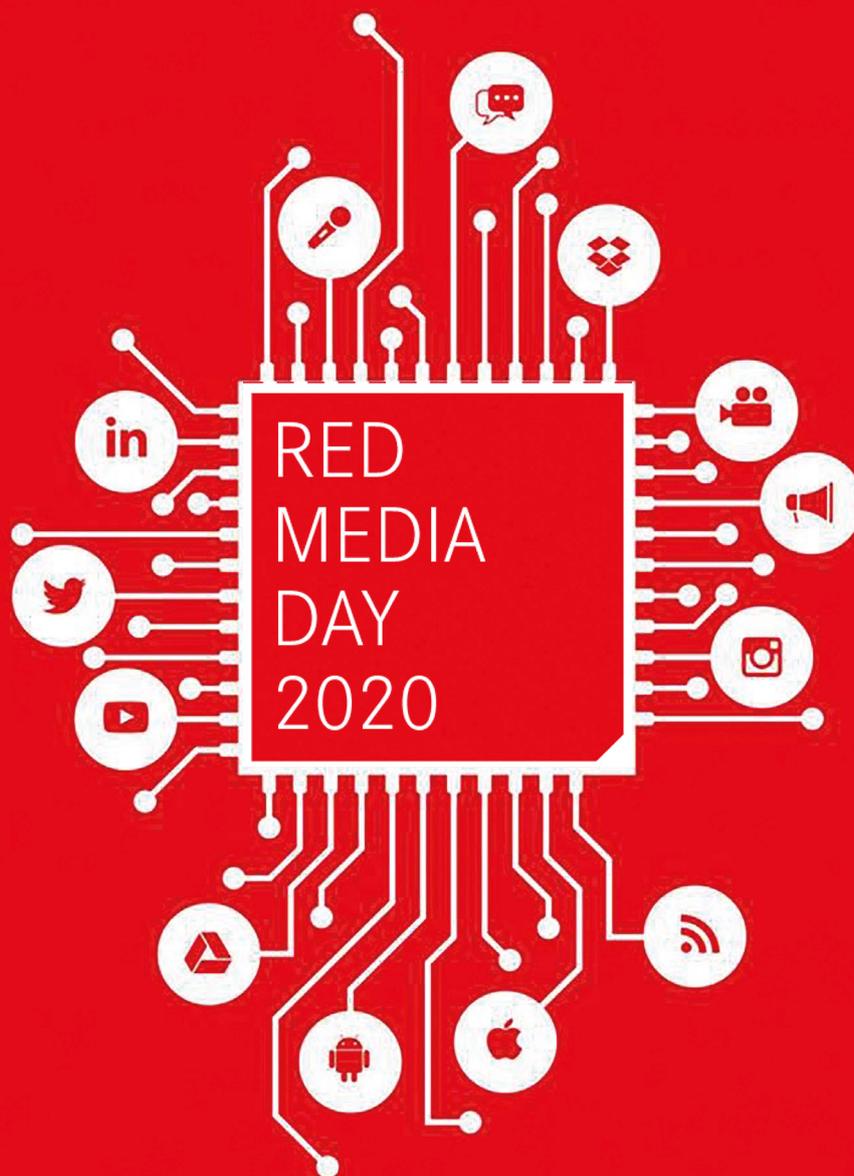
Wahlkreisbüro Jessica
Tatti MdB, Karlstraße 16
(Eingang Mauerstraße),
72764 Reutlingen, 07121-
5509911, jessica.tatti.
wk@bundestag.de, Ste-
fan Dreher, jessica.tatti.
ma04@bundestag.de

Kommunalmandate

Seit den letzten Kommu-
nalwahlen haben wir nicht
nur viele Mandatzugewin-
ne erzielt, sondern viele
Abgeordnete haben auch
gewechselt. Wir hoffen,
dass wir bis zum nächsten
Landesinfo, alle vorhan-
denen Adressen entspre-
chend Ort und Mandat
sortieren, aufbereiten
und hier präsentieren
können. Kontakt zu kom-
munalen Mandatsträgern
kann ggfls. auch über die
Kreisverbände oder den
Landesverband hergestellt
werden.

Red Media Day im digitalen Exil – die Red Media-Wednesdays 2020

Der Red Media Day ist ein Angebot an Öffentlichkeitsarbeiterinnen und -arbeiter in der LINKEN, sich in medien-spezifischen Workshops intensiv fortzubilden, praktisch auszuprobieren und auszutauschen. Über fünf Wochen wird es an jedem Mittwoch ab 17 Uhr ein digitales Programm (via Zoom-Videokonferenz) geben. Genauer dazu erfährt ihr weiter unten. Der Red Media Day richtet sich in erster Linie an Mitglieder der Partei DIE LINKE, die mit der Öffentlichkeitsarbeit in den Bezirken und Landesverbänden zu tun haben. Für diese ist die Teilnahme kostenlos.



Programm

- 5. August 2020, 17.00 – 19.30 Uhr: Begrüßung und Workshop I: Fotografie
- 12. August 2020, 17.00 – 19.00 Uhr: Workshop II: Texten für Online und Print
- 19. August 2020, 17.00 – 19.00 Uhr: Workshop III: Mobile Reporting
- 26. August 2020, 17.00 – 19.00 Uhr: Workshop IV: Social Media
- 2. September 2020, 17.00 – 19.00 Uhr: Treffen der Aktiven in der Social Media-Arbeit

Hinweise, weitere Informationen und Anmeldung unter:

<https://www.die-linke.de/mitmachen/red-media-day-2020/>